

(A) **Beginn: 10.05 Uhr**

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen 43. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Ich begrüÙe unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien. Allen ein herzliches Willkommen!

Für die heutige Sitzung haben sich sieben Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Seinen Geburtstag feiert heute der Herr Abgeordnete Günter Weber von der Fraktion der SPD. Er wird 61 Jahre alt.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, lieber Herr Kollege Weber, im Namen des Hohen Hauses!

Der Herr Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 13. November 1996 die **Erste Nachtragshaushaltssatzung 1996 des Landesverbandes Lippe** sowie den Genehmigungserlaß des Innenministers hierzu übersandt. Gemäß § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um Ihre **Kenntnisnahme**. - Ich stelle das hiermit ausdrücklich fest. Die Unterlagen können im Archiv des Landtages eingesehen werden.

(B)

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt die Tagesordnung für die zweite Lesung des Haushalts 1997 mit der vom Ältestenrat festgelegten Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vom Ältestenrat vorgeschlagenen Redezeiten vor. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß damit das Beratungsverfahren so ablaufen kann, wie es uns der Ältestenrat vorgegeben hat.

Wir treten dann in die Beratung unserer heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt für heute auf:

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1390  
Vorlage 12/875

Zweite Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1550

Dritte Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1570

Beschlußempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 12/1600 bis 12/1616

zweite Lesung

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1202

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 12/1617

zweite Lesung

Ich verweise auf einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1595, der sich auf den Gesamthaushalt bezieht und über den wir daher morgen vor Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1997 abstimmen werden.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach der Beratung des Einzelplanes 13 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen wie verabredet fortgesetzt.

Ich rufe dann zur Beratung zunächst auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**

Drucksache 12/1608

(C)

(D)

(Präsident Schmidt)

(A) Wir beginnen mit

a) **Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Lins-  
sen für die CDU-Fraktion.

**Dr. Helmut Linszen (CDU):** Herr Präsident! Meine  
Damen und Herren! Wir sollen heute einen Lan-  
deshaushalt in zweiter Lesung beraten, der das  
Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt ist.

(Beifall bei der CDU)

Dies weiß die Landesregierung, und dies wissen  
auch die Koalitionsfraktionen. Deshalb sind die -  
seitdem wir am 27. November unsere Vorstel-  
lungen zum Haushalt entwickelt haben - wie von  
der Tarantel gestochen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und  
GRÜNEN)

Was als Herkulestat geplant war, entpuppt sich  
zu einem kläglichen Debattieren über Zahlen, die  
von vornherein nicht stimmen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hatte deshalb im Ältestenrat  
beantragt, gleich zu Beginn zum Etat des Mini-  
sterpräsidenten sprechen zu wollen, weil schließ-  
lich der Ministerpräsident immer noch der Verant-  
wortliche für dieses Desaster ist.

(Beifall bei der CDU)

Weil das abgelehnt wurde, hatten wir angeboten,  
hilfsweise zu Einzelplan 20, also der Allgemeinen  
Finanzverwaltung, zu sprechen. Das haben die  
Koalitionsfraktionen ebenfalls abgelehnt.

Wir denken nicht daran, uns dem Diktat der Mehr-  
heit zu beugen. Wir werden an der Haushaltsbera-  
tung teilnehmen, werden uns allerdings an den  
Debatten selber nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und  
GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es sind vor allem zwei  
Vorwürfe, die wir machen:

(Zurufe - Unruhe - Glocke)

Der Haushaltsentwurf läßt nicht einmal im Ansatz  
den Willen zur Umsteuerung und zur Konsolidie-  
rung erkennen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Dieses Ziel hatte der Finanzminister im vorigen  
Jahr verkündet. Er hatte vorgetragen, daß die  
Nettoneuverschuldung auf 5,5 Milliarden DM zu-  
rückgeführt werden sollte. Statt dessen erleben  
wir hier eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung  
auf 7,1 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, der Schuldenberg  
wächst weiter auf 142 Milliarden DM an. Die In-  
vestitionen werden um weitere 600 Millionen DM  
gekürzt. Man muß es sich einmal auf der Zunge  
zergehen lassen: Die Investitionsquote ist allein in  
den letzten 15 Jahren von 20,7 % Anteil am  
Haushaltsvolumen auf 10,5 % nahezu halbiert  
worden.

Meine Damen und Herren, es geht weiter in die-  
sem Versündigen dieser Regierung an den Rech-  
ten der nächsten Generation.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜ-  
NE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Die Investitionspauschale der Kommunen wird um  
455 Millionen DM auf 398 Millionen DM um rund  
53 % gekürzt und damit mehr als halbiert. - Auch  
das kostet Arbeitsplätze.

(D) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Linszen, würden  
Sie eine Frage des Kollegen Appel zulassen?

**Dr. Helmut Linszen (CDU):** Nein, ich habe von  
Ihnen nur 10 Minuten Redezeit zudiktirt bekom-  
men. Deshalb muß ich diese Zeit nutzen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und  
GRÜNEN)

Die Konsumwünsche des GRÜNEN-Koalitionspart-  
ners in diesem Haushalt in dreistelliger Millionen-  
höhe, die sogenannten Spielwiesen oder - wie  
Kollege Matthiesen sie bezeichnet - Staatsknete  
für GRÜNEN-Klientel, belasten diesen Haushalt.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜ-  
NE]: Eine Unverschämtheit!)

Dieser Haushalt bringt keine Konsolidierung, son-  
dern weiter ungehemmten Konsum auf Pump. Ich  
glaube nicht, daß die SPD selber die Kraft hat,  
hier umzusteuern. Mit dem GRÜNEN-Luxuspartner  
geht es schon einmal gar nicht.

Unser zweiter Vorwurf: Der Haushalt 1997 miß-  
achtet wesentliche Haushaltsrisiken und verstößt  
gegen Haushaltsgrundsätze. Meine Damen und  
Herren, wir haben am 27. November vorgetragen,

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) daß dieser Haushalt für die Risiken aus dem Jahressteuergesetz keine Vorsorge getroffen hat, weil der SPD-Boykott die Einigung natürlich wochenlang hinausgezögert hat.

Wir erleben jetzt, daß dank einer großen Leistung der Bundesregierung die Kompensation praktisch erfolgt.

(Widerspruch und Lachen bei SPD und GRÜNEN - Glocke)

Wir erleben, daß all die Horrorszenarien, die dieser Finanzminister als Folge aus dem Jahressteuergesetz an die Wand gemalt hat, nicht eingetroffen sind.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei SPD und GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Herr Waigel stolpert von Haushaltsloch zu Haushaltsloch!)

Er hat hier vor der Presse von 1,25 Milliarden DM Minus gesprochen, die aus diesem Jahressteuergesetz folgen würden. Gott sei Dank hat er vorgestern klar erklärt, daß es keine Benachteiligungen des Landes durch das Jahressteuergesetz gibt.

- (B) Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat vorgetragen, daß der Finanzausgleich im Bund geändert werden müsse. Auch das war ein Ablenkungsmanöver. Wir sagen Ihnen, Herr Finanzminister, daß wir gegen diese Absicht überhaupt nichts haben, Sie dabei sogar vehement unterstützen werden. Aber wir erinnern daran, Herr Schleißer, daß ähnliche Kriterien wie beim Finanzausgleich dann natürlich auch beim Gemeindefinanzierungsgesetz gelten müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Erklären Sie doch bitte einmal den Kommunen im Ruhrgebiet, daß Sie auf der einen Seite so und auf der anderen Seite so agieren!

(Genau! und Beifall bei der CDU)

Denn natürlich ist im Finanzausgleich ein doppelter Fehler installiert: Die einen, die zahlen müssen, haben kein Interesse daran, ihre Steuerkraft weiter zu verbessern. Die anderen, die das Geld bekommen, haben auch kein Interesse daran, ihre Steuerkraft zu verbessern, sondern der Schlendrian wird belohnt.

Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist allerdings die verschlechterte Einnahmesituation bei den Steuereinnahmen. Wider besseres Wissen werden diese vom Finanzminister ver-

(C) schwiegen. Ich sage ausdrücklich: fahrlässig, wider besseres Wissen. Wer das Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses gelesen hat, sieht ganz deutlich - und ich empfehle Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal richtig zur Lektüre -, wie der Finanzminister permanent, fünfmal mindestens, an der Frage vorbeigeht: Wie ist das Steuerschätzungsvolumen vom Mai 1996 im Vergleich zum November 1996?

Die regionalisierte Steuerschätzung vom November bringt ein Minus von über einer Milliarde DM für Nordrhein-Westfalen. Der Finanzminister hat zunächst durch Staatssekretär Gerlach erklären lassen: "Wir kennen die Sache gar nicht; wir wissen gar nicht..."

(Minister Heinz Schleißer: Ich dachte, Sie hätten gelesen!)

Tiefgetaucht noch im Haushalts- und Finanzausschuß, Herr Finanzminister, das wissen Sie ganz genau! Als wir die regionalisierte Steuerschätzung vorgelegt haben, haben Sie sich mokiert, daß man so etwas ja nicht tue; die Finanzminister der Länder hätten doch alle vereinbart, sie nicht herauszugeben.

(Minister Heinz Schleißer: Das ist doch nicht wahr. Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

(D) Das war seine Antwort. Als wir die Steuerschätzung veröffentlicht haben, hat er gesagt: "Ja, meine lieben Leute, so kann man sie nicht einfach übernehmen, sondern da gibt es natürlich Verfeinerungen, die im Land vorgenommen werden müssen." Natürlich müssen Verfeinerungen vorgenommen werden, Herr Finanzminister. Sie haben sie ja auch im Haushaltsentwurf 1997, abgeleitet aus der Steuerschätzung vom Mai 1996, vorgenommen. Nur differiert da bei einem Volumen von 69 Milliarden die Steuerschätzung vom Mai zum Haushaltsentwurf 1997 um gerade einmal 60 Millionen. Das ist seine Verfeinerung!

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt die November-Steuerschätzung. Die negiert der Finanzminister völlig, weil sie ein Minus von einer Milliarde bringt. Wir haben dafür gesorgt, daß die regionalisierte Steuerschätzung bekannt wird. Wir würden sie gerne auch einmal den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN übergeben; denn die Kollegin Landsberg hat im Haushalts- und Finanzausschuß zu erkennen gegeben, daß sie eine solche Schätzung nicht kennt. Wir würden sie Ihnen gerne geben, wenn schon Ihr Koalitions-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) partner sie Ihnen nicht gibt, damit Sie Konsequenzen ziehen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Linssen, würden Sie eine Frage von Frau Landsberg zulassen?

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Nein, es gilt das gleiche, was ich vorhin gesagt habe.

Das Argument von Herrn Schleißer war: "Ich habe doch schließlich im Haushalt 1997 gegenüber dem Haushalt 1996 nur eine Steigerung von 1,5 % vorgesehen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung spricht dagegen von 4,3 %. Da seht ihr doch einmal, was wir für eine Vorsorge getroffen haben."

Ich verstehe die GRÜNEN überhaupt nicht mehr, meine Damen und Herren. Wenn das so ist, warum lassen Sie sich dann in den Haushaltsberatungen mit 70 Millionen abspesen, wie Sie das zum Schluß getan haben?

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

- (B) Aber, Herr Finanzminister, was ich Ihnen übelnehme und was eine Täuschung der Öffentlichkeit darstellt, ist, daß Sie den Haushalt 1996 mit dem Haushalt 1997 vergleichen - mit 1,5 % Plus -, aber nicht die tatsächlichen Steuereinnahmen des Jahres 1996 zugrundelegen, die nämlich um 1,7 bis 2,4 Milliarden DM geringer ausfallen. Deshalb ist Ihr Steigerungssatz so niedrig. Das ist die ganz einfache Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Nicht umsonst haben Sie ja schließlich eine Haushaltssperre seit Mai 1996 verhängt. Es ist doch nicht so, daß Sie die Haushaltsdaten 1996 noch zugrunde legen könnten, wenn Sie solche Steuermindereinnahmen haben. Wenn man das umrechnet, daß nämlich praktisch 3 % in diesem Jahr an Steuereinnahmen fehlen, dann haben wir 3 % Minus und auf der anderen Seite 1,5 % Plus. Das ergibt eine Differenz von 4,5 % nach Adam Riese, und dann kommen wir genau auf die Zahl, die der Arbeitskreis Steuerschätzung auf der Basis der tatsächlichen Ist-Steuerzahlen 1996 errechnet hat.

(Beifall bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren! Die wirkliche Steigerungsrate des Haushalts beträgt über 5 %, wenn man mit den Ist-Steuerzahlen des Jahres 1996 vergleicht, so wie sie jetzt prognostiziert werden. Deshalb ist diese Steuerschätzung zu hoch. Diese Rechnung wird noch gestützt durch den Vergleich der Mai-Schätzung mit der November-Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung.

Die Regionalisierung kann verfeinert vorgenommen werden. Wir wollen auch keine schematisierte Regionalisierung. Aber der Finanzminister möge dann doch bitte die Abweichung, die damals 60 Millionen DM betragen hat, jetzt beziffern. Auch das verweigert er.

Meine Damen und Herren, es kommt ein weiteres Haushaltsloch hinzu, aus dem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz: 150 bis 200 Millionen DM.

Insgesamt ist das also ein Betrag von rund 1,2 Milliarden DM. Diesen kann der Finanzminister durch Verfeinerungen noch herunterrechnen. Er kann auch erklären, daß natürlich die Kommunen an den Steuermindereinnahmen partizipieren werden. So kann er sich vielleicht auf ein Loch von 800 Millionen schönrechnen. Auch mit 800 Millionen ist dieser Haushalt nicht beratungsfähig, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Linssen, die Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ich habe noch ein paar Sätze vorzutragen, Herr Präsident.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Dann müssen Sie in die nächste Runde gehen. Sie haben jetzt nur zehn Minuten.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ich komme gleich zum Schluß.

Der Argumentationswechsel des Finanzministers ist frapant. Kurz vor der Steuerschätzung, die am 8. November bekanntgegeben wurde, befürchtete er selber ein Loch von 600 Millionen DM. Das war vor der Haushaltsklausur der SPD. Da mußte

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) er natürlich Begehrlichkeiten der SPD bremsen. Er mußte natürlich auch die Begehrlichkeiten der GRÜNEN bremsen. Da hat er eine gemeinsame Arbeitsgruppe SPD/GRÜNE eingesetzt, um ein Loch von über 600 Millionen DM zu stopfen. Diese Arbeitsgruppe ist doch einberufen worden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Im Gegensatz zu Ihnen beschäftigt die sich mit den Haushaltsrealitäten!)

Vielleicht hat der Finanzminister Ihnen gestern bei Ihrer Klausur dazu etwas gesagt.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Linssen, würden Sie bitte zum Ende kommen.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Ja, ich komme zum Schluß.

Der Finanzminister hat immer vom Nachtrag geredet. Davon will er heute auch nichts mehr wissen. Ich garantiere Ihnen: Es wird bei diesem Desaster, das hier vorgelegt wird, entweder eine sofortige Haushaltssperre oder einen Nachtragshaushalt geben. Wir machen diesen Betrug an den Bürgern, an den Kommunen, an den Leistungsempfängern im Land Nordrhein-Westfalen nicht mit und werden uns deshalb so verhalten, wie wir vorgetragen haben.

(B)

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat Kollege Matthiesen für die SPD-Fraktion.

**Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe während meiner Zugehörigkeit zum Landtag schon bessere und sinnvollere Auftritte des Oppositionsführers erlebt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Als sich der Herr Oppositionsführer entgegen aller sonstigen Gepflogenheiten - denn die Generaldebatte führen wir bekannterweise ...

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die kriegt ihr noch!)

- Darauf freue ich mich ganz persönlich.

... bei der dritten Lesung - bei dem Einzelplan 08, das heißt dem Einzelplan des Wirtschafts- und

Verkehrsminister zu Wort gemeldet hat, habe ich zunächst gedacht: Donnerwetter, er hat die Zeichen der Zeit und die Prioritäten richtig erkannt und gewichtet, denn in der Tat ist das Problem der Arbeitslosigkeit das gesellschaftspolitisch Wichtigste.

(C)

Wenn sich die Opposition in Gestalt des Oppositionsführers das Recht nimmt, zu diesem Thema zu sprechen - was wäre dies für ein deutliches Signal für das Parlament, für die Öffentlichkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

für die Ernsthaftigkeit der politischen Debatte gewesen!

Statt dessen hat er uns in 15 Minuten, wenn ich es richtig verstanden habe, verklausuliert mitteilen wollen, daß seine Fraktion bei dieser zweiten Lesung des Landeshaushaltes im Parlament körperlich anwesend, geistig aber nicht anwesend sein wollte.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, hat offensichtlich auch etwas mit der gültigen Sitzungsgeldregelung des Landtages von Nordrhein-Westfalen zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Herbert Reul [CDU])

(D)

Verehrter Herr Oppositionsführer! Entweder ist man verantwortungsbewußt als gewählter Landtagsabgeordneter anwesend und nimmt an den Haushaltsplanberatungen teil, oder

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

man verläßt den Plenarsaal, aber dann auch mit allen Konsequenzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Alle auf den Zuschauerbänken und alle draußen im Lande sollen wissen, daß es bei Ihnen ein rein taktisches und durchsichtiges Manöver ist. Ihre Argumentation ist in der Sache auch überhaupt nicht stichhaltig. Sie dient allein zwei Absichten und ist deshalb auch nicht seriös.

Es geht Ihnen erstens darum - wie sollte es anders sein? -, von der politischen Verantwortung der Bonner Koalitionsparteien für das finanzpolitische Chaos in Deutschland abzulenken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

(Matthiesen [SPD])

(A) Zweitens geht es der CDU-Landtagsfraktion darum, von ihrer eigenen Konzeptionslosigkeit im Hinblick auf den Landeshaushalt 1997 abzulenken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, weil Sie vor wenigen Tagen dieses fragwürdige Ereignis dreißigjähriger Opposition begehen konnten:

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Verehrter Herr Oppositionsführer! Sie haben keine Alternative, weil Sie keine Alternative sind. Das ist die simple Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Gründe, die von der CDU angeführt worden sind, sind alle durchsichtig. Wir hätten uns gewünscht, daß die Landes-CDU ihre angeblichen Sorgen um den Landeshaushalt in Bonn auch nur annähernd so deutlich gemacht hätte wie hier in Düsseldorf. Ich habe jedenfalls nichts über Ihre Intervention in Bonn gehört, daß zum Beispiel die Vermögensteuer als reine Landessteuer erhalten werden muß.

(B) Sie haben auch mit der Abstimmung in bezug auf die Vermögensteuer-hier im Landtag

(Lothar Hegemann [CDU]: Ihr habt mitgemacht!)

gegen die Interessen des Landes gearbeitet. Jetzt verweigern Sie sich auch noch einer konstruktiven Mitberatung des Landeshaushaltes, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zur Sache:

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist ziemlich schwach, was Sie hier bringen!)

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung berücksichtigt die aus heutiger Sicht erkennbaren Haushaltsrisiken. Das gilt auch für uns in der SPD-Fraktion, die wir die möglichen Risiken ebenfalls nicht unterschätzt haben. Die aktuelle Steuerschätzung aus dem November kalkuliert für die Länder Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,3 % von 1996 auf 1997.

(Aha!-Rufe von der CDU)

(C) Im vorliegenden Haushaltsentwurf der Landesregierung rechnet der Finanzminister mit einem Zuwachs der Steuern um 1,5 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist Betrug!)

Für jedermann, der nicht nur körperlich, sondern - Sie wissen ja - auch geistig anwesend ist, für diejenigen, die so anwesend sind, heißt das: Finanzminister Schleußer hat seine Annahmen hinsichtlich der Steuereinnahmen auf jeden Fall an der Wirklichkeit orientiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das unterscheidet ihn wohlthuend von den vielen Bonner Finanzjongleuren, die es in Ihrer Partei und in Bonner Koalition zuhauf gibt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer hat das aufgeschrieben!)

(D) Ich teile ausdrücklich die Auffassung unseres Finanzministers, daß Sie hier im Landtag konsequent die Tatsachen in der Finanzpolitik leugnen. Auch wenn das Lamento über die Verschuldung des Landes und die mangelnde Sparsamkeit noch so laut angestimmt wird, steht doch fest: Nordrhein-Westfalen kann stärker als alle anderen Länder seinen Haushalt durch Steuern finanzieren, in 1997, verehrter Herr Oppositionsführer, mit 77,2 %.

Nordrhein-Westfalen gibt, verglichen mit allen anderen Flächenländern, die geringste Rate seiner Steuern für Personal aus: 1997 sind es 39 %. Nordrhein-Westfalen liegt mit seiner Neuverschuldung, mit seinen Schulden insgesamt unter den in Maastricht gezogenen Grenzwerten, und zwar nach den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kriterien: Neuverschuldung 1997 1 % des Bruttosozialproduktes, Gesamtverschuldung 1997 rund 22 % des Brutto-Inlandproduktes.

Meine Damen und Herren! Deshalb ist der Haushalt hier völlig seriös und voll beratungsfähig.

(Lachen bei der CDU)

Wir werden dieses taktische Manöver von Ihnen nicht durchgehen lassen - damit das völlig klar ist!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1997 auf Nordrhein-Westfalen sind beherrschbar. Das Vermittlungsergebnis zwischen Bundesrat und Bundestag ermöglicht es, ohne

(Matthiesen [SPD])

(A) jede Beeinträchtigung die Beratungen zum NRW-Landeshaushalt fortzusetzen und durchzuführen.

Natürlich ist es richtig: Nordrhein-Westfalen hat einen überproportional hohen Anteil an dem Vermögensteueraufkommen gehabt. Dadurch fällt natürlich auch der Verlust für das Land zunächst vergleichsweise hoch aus. Aber richtig ist eben auch, daß Nordrhein-Westfalen stärker als andere Länder von nachlaufender Vermögensteuer profitieren wird. Nach Einschätzung von Steuerfachleuten ist noch bis zum Jahre 2000 mit Einnahmen aus dieser Steuer zu rechnen, da die Veranlagung für die letzten Jahre zum 1. Januar 1997 noch längst nicht abgeschlossen ist.

Dies alles, meine Damen und Herren, bedeutet, daß Sie keine Sachargumente auf Ihrer Seite haben, sondern daß es Ihnen schlicht und einfach um ein oppositionelles taktisches Manöver geht, das wir im Interesse des Landes und der ordnungsgemäßen Beratung unseres Landeshaushalts hier nicht ungestraft durchgehen lassen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ungestraft? Ha!)

Der vorliegende Entwurf des Landeshaushaltes ist seriös, und er berücksichtigt die heute erkennbaren Risiken. - Hören Sie mal, mein Lieber, wenn ich die Macht hätte und es tun könnte, würde ich Ihnen angesichts dieses Verhaltens, körperlich anwesend zu sein, aber geistig nicht, das gesamte Sitzungsgeld für die nächsten zwei Tage streichen.

(B)

(Lachen bei der CDU - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Matthiesen, würden Sie eine Frage von Herrn Hegemann beantworten?

**Klaus Matthiesen (SPD):** Ja bitte, gern.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Hegemann, bitte.

**Lothar Hegemann (CDU):** Kollege Matthiesen, würden Sie denn an so manchem Plenarsitzungstag nachträglich das halbe Sitzungsgeld Ihrer Fraktion wieder einkassieren?

(Beifall bei der CDU)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Sie heben auf begrenzte Abwesenheit von Abgeordneten ab. Das gehört zum normalen Alltag im Parlament.

(Heinz Hardt [CDU]: Die sitzen doch in der Kaffeeklappe! - Weitere Zurufe von der CDU)

Verehrter Herr Kollege,

(Heinz Hardt [CDU]: Sie brauchen das Geld für die Kaffeeklappe!)

hier sind wir Zeuge eines wirklichen, bisher einmaligen Vorgangs.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Matthiesen, würden Sie noch eine Frage ---

**Klaus Matthiesen (SPD):** Die CDU verabschiedet sich, meine Damen und Herren, mit diesem taktischen Manöver aus der gestaltenden Landespolitik. Ihr Markenzeichen ist nicht Verantwortung für das Land, sondern Verweigerung von Mitgestaltung.

(Beifall bei der SPD)

Und damit verlassen Sie - ich sage das ganz deutlich - die Rolle der konstruktiven Opposition. Welch ein Armutszeugnis für eine Opposition, die irgendwo auch noch den Anspruch erhebt, Alternative zur Regierungsmehrheit zu sein, wenn man sich geistig und politisch der wichtigsten Beratung im Laufe eines Jahres verweigert, nämlich dem Landeshaushalt und damit dem Schicksalsbuch für unser Land Nordrhein-Westfalen. Welch ein Armutszeugnis!

(D)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Matthiesen, würden Sie ---

**Klaus Matthiesen (SPD):** Nein, Herr Präsident! - Ich fordere Sie auf, zur Seriosität des politischen Handelns zurückzukehren. Die Koalition wird den Haushalt zügig beraten. Damit dokumentieren wir, daß die Koalition im Gegensatz zu Ihnen handlungsfähig und auch handlungswillig ist, meine Damen und Herren.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Ich erteile der Frau Kollegin Nacken für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte sehr.

**Gisela Nacken (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Linssen, ich bemühe mich in der Regel immer, mich in die Situation und Argumentation auch schwierigster Partner hineinzusetzen.

(Oliver Wittke [CDU]: Darin haben Sie ja Erfahrung!)

- Darin habe ich sehr viel Erfahrung. Da haben Sie völlig recht, Herr Wittke.

Aber bei Ihnen, Herr Linssen versagt diese Gabe in der Tat. Ich verstehe Sie einfach nicht mehr.

(Oh-Rufe von der CDU)

Gerade Ihre Einstiegsformulierung, als Sie für Ihre Fraktion erklärten, daß Sie hier anwesend, aber gleichzeitig abwesend seien, ist eine solche Akrobatik, mit der Sie in jedem Zirkus auftreten könnten, aber doch nicht hier in diesem Parlament!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(B) Unsere Oppositionszeit liegt ja noch nicht lange zurück, wie uns immer wieder mitgeteilt wird. Ich weiß noch gut, was unsere verfassungsmäßige Aufgabe gerade bei Haushaltsberatungen war, bei denen einmal im Jahr durch finanzielle Zuweisung, durch politische Festsetzungen, durch Projekte, auf die man großen Wert in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation für dieses Land legt, die Stunde der Opposition schlägt. Das haben wir immer gesagt, und wir haben sie im Gegensatz zu Ihnen genutzt, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Ihre verfassungsmäßige Aufgabe, uns als Fraktionen, die diese Landesregierung tragen, ins Kreuzverhör für diesen Haushalt zu nehmen und zu fragen: Habt Ihr richtig bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt, in der wirtschaftlichen Situation in Nordrhein-Westfalen entschieden?

(Bodo Champignon [SPD]: Interessiert die nicht!)

Habt Ihr hier einen Haushalt vorgelegt, der zu allen Fach- und Politikbereichen Antworten auf die Herausforderungen gibt, vor denen das Land Nordrhein-Westfalen steht? - Ich kenne keinen

einzigsten fachlichen Antrag, den Sie gestellt hätten. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es gibt keinen sachlichen Antrag Ihrer Fraktion, der auf dem Tisch liegt. Kein einziger Änderungsantrag wurde in den Fachausschüssen gestellt und eingebracht. Herr Linssen, man merkte Ihren Fachleuten wirklich an, daß ihnen das unangenehm war.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es gibt ja schon einmal gute Ideen, auch von Oppositionen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Was? Sie haben aber noch nie zugestimmt!)

Uns ist es in der Vergangenheit nicht sehr oft so ergangen, daß man sie aufgegriffen hat. Es gibt Anträge von uns, bei denen wir Initiativen von Ihnen in finanzwirksame Programme umgesetzt haben. Selbst da mußten Ihre Fachleute dagegen stimmen. Das hat denen weh getan. Das konnte man doch körperlich spüren!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Das nur dazu.

Aber, Herr Linssen, Ihr Argument, der Etat sei das Papier nicht wert, auf dem er stehe, hören wir seit zwei Wochen. (D)

(Beifall bei der CDU - Zurufe: Ja, genau!)

- Sie können ruhig klatschen, aber diese Botschaft ist ja seit zwei Wochen in der Landschaft. Sie haben damals als Ihr Argument für die Verschiebung des Haushalts angeführt, dieser Haushalt sei nicht solide finanziert.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen aus den Haushaltsberatungen und aus dem, was öffentlich darüber berichtet wurde, ganz genau, daß wir diese finanziellen Risiken, die in der Tat über diesem Haushalt lasteten und auch nach wie vor lasten,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha! - Beifall bei der CDU)

sehr ernst genommen haben. - Danke schön, für das Kompliment von Ihrer Seite.

Wir haben sie sehr ernst genommen. Unsere Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Haushalt beschäftigt. Wir hatten befürchtet, daß bundespolitische Entscheidungen diesen Haushalt noch weiter



(Nacken [GRÜNE])

(A) in die Verschuldung treiben würden, als dies schon der Fall ist.

Bei den bundespolitischen Entscheidungen spreche ich das an, wovon Sie auch gesprochen haben, Herr Linssen: die Abschaffung der Vermögensteuer. Ich habe gedacht, ich höre nicht recht. Sie sagen, die Abschaffung der Vermögensteuer sei eine der größten Leistungen der Bundesregierung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die Kompensation! Zuhören!)

- Natürlich haben Sie das gesagt: Die Abschaffung einer Steuer ---

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die Kompensation ist noch viel besser!)

- Für die Kompensation haben Sie doch nicht gekämpft, Herr Linssen. Dafür hat unser Finanzminister gekämpft.

(Lachen bei der CDU - Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Linssen, was noch viel schlimmer ist: Nicht nur unser Finanzminister hat dafür gekämpft, sondern auch der von Bayern und der von Baden-Württemberg. Auch Finanzminister CDU-regierter Länder haben für eine Kompensation gekämpft, weil sie gedacht haben: Diese Bundesregierung ist vernagelt! Wie kann sie in dieser Situation ausgerechnet die Steuer abschaffen, die die Länder so knebelt und ihnen nicht mehr die Luft läßt, ihre Haushalte solide steuern zu können? - Und da sagt die Opposition hier: Ihr steuert euren Haushalt nicht solide!

(B) Ich sage: Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses kann sich für die Länder sehen lassen, auch wenn wir mit der Abschaffung der Vermögensteuer nicht einverstanden sind. Aber sie ist noch nicht abgeschafft, sie ist ein Strichansatz - leider. Das sage ich ganz deutlich. Wir werden sie weiterhin thematisieren; ich hoffe, zusammen mit der SPD.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Nun zurück, Herr Linssen, zu Ihrer Aussage, dieser Haushalt sei nicht solide finanziert, er sei nicht das Papier wert, auf dem er stehe. - Diese Kompensation, die Sie eben gelobt haben, ist eine, die die Verluste der Länder bis auf 1,1 Milliarden DM ausgleicht. Nach Aussage des Finanzministers hat NRW davon 290 Millionen DM als Last zu tragen. - Das ist schlimm!

Allein das ist schwierig genug. Durch den Nachlauf der Vermögensteuer werden wir dieses Problem 1997 aber noch nicht haben, weil wir da im negativsten Fall mit 300 Millionen DM rechnen können.

(C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Es geht doch nicht um das Jahressteuergesetz! Das Jahressteuergesetz ist doch erledigt! Es geht um die Steuerschätzung!)

- Wir haben das Problem in den Folgejahren. Deshalb ist richtig, was unsere Fraktion zusammen mit der SPD beschlossen hat, nämlich eine Einsparkommission einzuberufen. Das ist richtig, und das gilt nach wie vor für beide Fraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich beruhigt diese Einigung auf Bundesebene nur kurzfristig. Ich denke, daß die finanziellen Schwierigkeiten durch die Steuerpolitik der Bundesregierung nicht besser werden. Sie werden nicht besser! Sie werden die Länderhaushalte nach wie vor in schwierige Situationen bringen. Und die politischen Entscheidungen, die auf Bundesebene im Moment getroffen werden, ändern ja nichts an der Tatsache, daß wir im nächsten Jahr noch mehr Arbeitslose in der Bundesrepublik und auch in Nordrhein-Westfalen haben werden. Das haben wir zum großen Teil der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung zu verdanken, und das werden wir in den nächsten Haushalten hier zu spüren bekommen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum sage ich ganz deutlich: Wir werden unsere Einsparbemühungen fortsetzen, um die Nettokreditaufnahme und die Neuverschuldung herunterzufahren. An diesem ehrgeizigen Ziel, das sich die Koalition auch im Koalitionsvertrag gesetzt hat, halten wir fest, daran werden wir weiterarbeiten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr fahrt doch gerade hoch! Ihr tut das Gegenteil!)

- Herr Linssen, wir fahren sie in diesem Jahr hoch; das wissen Sie.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was soll das denn dann alles? - Gegenruf des Roland Appel [GRÜNE])

Aber wir geben unser Ziel nicht auf, die 7,2 Milliarden DM, die wir in diesem Jahr hochgefahren haben, mittelfristig wieder herunterzufahren.

(Minister Schleußer)

(A) (Lachen und Zurufe von der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Geisterbahnfahrer! - Heinz Hardt [CDU]: Wie soll das denn funktionieren?)

- Sie können lachen, natürlich. Das kann ich Ihnen nicht verbieten.

Wir, die Koalitionsfraktionen, haben klar vereinbart, Nettokreditaufnahme und Verschuldung herunterzufahren. An diesem Ziel halten wir fest, und dazu ist diese Einsparkommission notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen zum Schluß deutlich sagen, Herr Linssen: Überlegen Sie sich den Schritt, den Sie gerade angekündigt haben, gut! Ich glaube, er wird im Land nicht ankommen. Er wird Ihre Lebenszeit in der Opposition eher verlängern als verkürzen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Och!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Schleußer. - Bitte schön.

(B) **Heinz Schleußer, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushalt 1997, Herr Kollege Linssen, und seit Wochen Pressekonferenzen. Und wenn das nicht ausreicht, nachgeschobene Presseerklärungen. Es wird mit immer größerer Lautstärke und immer größerer Aufregtheit vorgetragen. Dazu gibt es nun wirklich überhaupt keinen Anlaß.

(Zuruf von der CDU: Ihr seid aufgeregt! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Allein, daß Sie das sagen, zeigt, wie aufgeregt ihr seid!)

Es kann ja sein, daß Sie nicht mehr in Erinnerung haben, was Sie noch vor vierzehn Tagen gesagt haben. Ich will es Ihnen in Erinnerung rufen:

Am 27. November haben Sie gemeint, der Haushalt sei nicht beratungsfähig wegen der Blockade der SPD im Vermittlungsausschuß.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Drei Gründe habe ich genannt!)

Das war Ihre Argumentation am 27. November.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Drei Gründe!)

(C) Am 3. Dezember haben Sie festgestellt, daß der Haushalt nicht beratungsfähig sei, weil die CDU Zahlen in der Straßenbahn gefunden habe. - Das ist in Ihrem Konzept nachzulesen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stimmt doch nicht! - Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Am 9. Dezember ist der Haushalt nicht beratungsfähig, weil es einen Presseartikel vom 5. November gibt, in dem der Finanzminister auf Haushaltsrisiken hinweist.

Und am 10. Dezember ist der Haushalt nicht beratungsfähig, weil die CDU-Opposition den Unterschied zwischen schematisierter Regionalisierung und fundierten Haushaltsansätzen nicht herausfindet.

Ihre Rede heute, Herr Kollege Linssen - da kann ich nur meine Vorredner, Herrn Kollegen Matthiesen und Frau Kollegin Nacken, bestätigen -, ist im Anspruch maßlos, in den Fakten schlampig, in den Behauptungen weit weg von der Wirklichkeit

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben Sie alles schriftlich!?)

und oft auch von der Wahrheit, Herr Kollege Linssen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben Sie alles schriftlich!) (D)

- Kennen Sie Ihren eigenen Text nicht mehr? Ich kann ihn Ihnen gern geben. Das ist aus einer Presseerklärung, die Sie gestern Ihrem mündlichen Vortrag beigefügt haben.

Weil Sie permanent auf der Suche nach Löchern sind: Ich habe den Eindruck, Sie hatten zunächst eine Position. Dann haben Sie krampfhaft nach Argumenten gesucht, um diese Position zu untermauern; darum vermutlich auch die Rangfolge. In dieser versuchten Argumentation von gestern sprechen Sie vom Argumentationswechsel des Finanzministers in Sachen Haushalt 1997 und führen das nacheinander auf. Ich habe das aufmerksam gelesen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß außer der CDU wohl niemand darauf kommt und kommen kann, daß es hier einen Argumentationswechsel gegeben hat, denn die Argumentation des Finanzministers ist über Monate hinweg geradlinig, Herr Kollege Linssen.

Neu in der gestrigen Argumentation - 9. Dezember, nachmittags - ist allerdings: Durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW entsteht ein

(Minister Schleußer)

(A) neues Haushaltsloch von 150 bis 200 Millionen DM.

Erstens. Diese Zahlen sind falsch - wie viele Zahlen, die Sie nennen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie sind sie denn?)

Man muß den Eindruck haben:

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie sind sie denn?)

Sie sind noch nicht einmal bereit gewesen, so muß ich den Eindruck haben, sich die Zeit zu nehmen - es gibt die Begründung des Urteils noch nicht, wie Sie so gut wie ich wissen -, die ziemlich umfangreiche Presseerklärung des Verfassungsgerichtshofes zu lesen. Hätten Sie doch wenigstens diese gelesen, bevor Sie sich geäußert hätten, dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was ist denn falsch daran?)

Darum versuche ich noch einmal, an Fakten orientiert, Ihnen zum Haushalt 1997 vorzutragen. Das beginnt beim Haushaltsvollzug. Das ist ein Punkt, beim dem Sie recht haben: Natürlich ist das Ergebnis des Haushalts 1996 als Basis für die Jahre 1997 und folgende entscheidend.

(B)

Ich habe am 24. Mai eine Haushaltssperre verhängt. Ich habe diese Haushaltssperre begründet. Ich habe Ihnen schriftlich gegeben, daß gegenüber früheren Prognosen das Land rund 1,7 Milliarden DM weniger in der Kasse haben wird, als ursprünglich geplant war. Ich habe Ihnen weiter am 24. Mai - das ist einige Monate her - gesagt, die jetzt zu erwartenden Ausfälle erschwerten die Haushaltsverhandlungen für 1997, aber die Größenordnung sei beherrschbar.

Waren Sie ahnungslos? Haben Sie nichts gewußt? Ist nichts gesagt worden?

Ich habe bei der Vorstellung der Steuereinnahmen des zweiten Quartals Ihnen am 6. August mitgeteilt, die vorliegenden Zahlen bestätigten das Ergebnis der Steuerschätzung von Mai. Es müsse weiterhin bei der Haushaltssperre und dem damit verbundenen Einstellungsstopp bleiben. Das war immer unter der unveränderten Basis.

Bei der Vorstellung des Steuerergebnisses für das dritte Quartal am 24. Oktober habe ich Ihnen und auch der Öffentlichkeit mitgeteilt, welche Gründe für die Mai-Entscheidung maßgebend waren. Ich

habe Ihnen gesagt, daß sich die Zahl 1,7 Milliarden DM vermuteter Ausfall im Jahre 1996 bestätigt habe und daß es darum nach wie vor bei der Haushaltssperre bleiben müsse; sie könne weder gelockert noch teilweise aufgehoben werden.

(C)

Das heißt, wenn Sie nur die Bereitschaft gehabt hätten, in etwa bei der Entwicklung mitzugehen, gibt es keinen neuen Punkt, an dem Sie Kritik festmachen könnten. Vielmehr ist das gesagt worden, haben Sie das gewußt und war das die Basis.

Ich erinnere an den 27. November "Blockadepolitik der SPD im Bundesrat". - Die Verhandlungen sind zwar noch nicht formal abgeschlossen, aber der Vermittlungsausschuß wird morgen abschließend über das Jahressteuergesetz 1997 entscheiden. Ich gehe nach den politischen Entscheidungen, die am Freitagmorgen, dem 6. Dezember, getroffen worden waren, davon aus, daß dies keine große Strapaze mehr werden wird.

Herr Kollege Linssen, ich bin nicht nur im Vermittlungsausschuß, sondern auch in der kleinen Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses dabei gewesen. Ich könnte Ihnen einige Erläuterungen dazu geben, wie das in der Zwischenzeit war, welche Position die Länder eingenommen haben, und zwar nicht aufgesplittet nach politischem Hintergrund, sondern im Interesse ihrer Länder gemeinsam handelnd.

(D)

Ich will das Ergebnis des Vermittlungsausschusses bewerten, Herr Kollege Linssen: Das Ergebnis ist steuerpolitisch immer noch falsch; denn es gibt keinen plausiblen und vernünftigen Grund, auf die private Vermögensteuer zu verzichten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Richtig ist, daß für Nordrhein-Westfalen und auch für die übrigen Länder das Ergebnis haushaltswirtschaftlich vertretbar ist. Es ist aber wohl ein Unterschied, wenn man von "steuerpolitisch unangemessen und haushaltspolitisch vertretbar" spricht.

Sie haben zur Kompensation selbst aufgeführt, daß ein Rest von 1,1 Milliarden DM bleibt. Es ist dargelegt worden, wie wir mit dem auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Anteil umgehen können und wollen. Ich bin sicher, daß wir das insgesamt schaffen.

Das heißt also, für den Haushalt 1997 wird es innerhalb der Steuerarten Verschiebungen geben. So wird die Vermögensteuer drastisch nach unten

(Minister Schleißer)

(A) gehen, die Grunderwerbsteuer aber anziehen. Wir werden Auswirkungen auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer haben. Insgesamt aber, Herr Kollege Linssen, wird das Gesamtergebnis der Steuereinnahmen so bleiben, wie der Steueransatz ist. Da bin ich einigermaßen sicher.

Zu den Schätzzahlen für den Haushalt 1997 kann ich eigentlich das komplett übernehmen, was Ihnen der Kollege Matthiesen schon gesagt hat, und noch einmal wiederholen, was ich seit zehn Jahren, Herr Kollege Diegel und Herr Kollege Dautzenberg, im Haushalts- und Finanzausschuß sage: Die schematisierte Regionalisierung ist eine einzige Grundlage - nicht mehr und nicht weniger. In der gesamten Geschichte, in der ich für Finanzen verantwortlich bin, ist noch nie die schematisierte Steuerschätzung einfach übernommen worden, weil wir Basiseffekte, örtliche Sonderentwicklungen und regionale Faktoren berücksichtigen müssen. Darum lasse ich gerne immer wieder überprüfen, Herr Kollege Diegel, wessen Planzahlen Jahr für Jahr anschließend näher bei der Wirklichkeit waren. Ich sage, daß ich diesen Anspruch erhebe, Zehn Jahre Treffsicherheit bei den Steuereinnahmen, das ist schon ein gutes Ergebnis.

(B) Auch für 1997 gilt das gleiche Vorsichtsprinzip, das für die gesamten Vorjahre gegolten hat. Wir sind damit gut gefahren. Dieser Finanzminister hat nie die ihm eingeräumte Nettokreditermächtigung aufgebraucht. Er wird sie 1996 nicht verbrauchen, und er wird sie 1997 - da bin ich sicher - nicht verbrauchen.

Lassen Sie mich mit einem für mich wichtigen Satz schließen: Die nordrhein-westfälische Finanzpolitik hat bundesweit einen guten Ruf. Das liegt daran, daß sie nach der Solidität ihrer Ausgaben, nach der Geradlinigkeit und nach der Verlässlichkeit bewertet wird.

(Laurenz Meyer [CDU]: Nach den Schulden!)

Dieser gute Ruf stützt sich nicht auf aufgeregtes Herumreden, sondern auf entschlossenes Handeln. Das werden wir konsequent fortsetzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Herr Finanzminister. - Zur Geschäftsordnung hat Herr Matthiesen das Wort.

(Zurufe - Unruhe)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Meldung zur Geschäftsordnung ist notwendig geworden, weil das Spiel offenbar weitergehen soll. Ich melde mich nach § 95 unserer Geschäftsordnung und stelle den Antrag, ab jetzt, und zwar sofort, durch Abstimmung klarzustellen, daß der Landtag wünscht, zur Sache zu sprechen, das heißt zum Einzelplan 08 mit seinen Aufteilungen zwischen Wirtschaft und Verkehr. (C)

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CDU - Unruhe)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Zur Geschäftsordnung Herr Linssen; bitte!

( Große Unruhe)

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Präsident! Meine ---

(Fortgesetzt Unruhe)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Also, die "Hausnummer" stimmt nicht. (D)

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Wenn Herr Matthiesen hier zu einer Großen Anfrage irgend etwas beantragt hat, muß er das vielleicht noch erklären. Er hat wohl auf einen falschen Paragraphen Bezug genommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, wenn das korrigiert werden sollte, wenn er den richtigen Paragraphen heranziehen sollte und das ernst meint, was er beantragt hat, beantrage ich für die Opposition, daß der Opposition mindestens noch fünf Minuten Redezeit zu diesem allgemeinen Teil, den wir jetzt behandeln, gegeben werden.

(Zurufe von der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Matthiesen, bitte!

(Heinz Hardt [CDU]: Er kennt noch nicht einmal die eine Geschäftsordnung! - Weitere Zurufe von der CDU - Große Unruhe)

(A) **Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnung ist uns geläufig; aber ich habe eben aus Versehen nicht § 59, sondern § 95 gesagt. Das bitte ich zu entschuldigen.

Aber Sie wissen ganz genau, worum es geht. Ich will hier deutlich machen, daß wir als Landtag gut beraten sind, jetzt zur eigentlichen Sachdebatte zurückzukehren, und daß mit dieser Taktiererei der Opposition jetzt Schluß sein muß.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte, das - wenn es nicht anders geht und wenn diese Opposition nicht anders zur Vernunft zu bringen ist - durch eine Mehrheitsentscheidung des Parlaments gemäß Geschäftsordnung klarzustellen.

(Herbert Reul [CDU]: So läuft das seit Wochen hier! - Weitere Zurufe von der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Hardt, bitte!

**Heinz Hardt (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt wird ja langsam aus nichtöffentlichen Sitzungen des Ältestenrats deutlich, Herr Matthiesen, wie Sie mit der Opposition umspringen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Hier machen Sie deutlich, daß Sie mit Ihrer Machtstruktur uns einfach einen Maulkorb umhängen wollen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie haben sich selber an der Debatte beteiligt. Wir haben im Ältestenrat verlangt, hier über die Einzelpläne 02 oder 20 zu reden. Ich würde sagen: Das letzte ist eingetreten. Sie haben selber indirekt, nachdem Sie sich beteiligt haben - das gilt auch für die GRÜNEN -, mitgestimmt.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Michael Vesper: Das ist absurd!)

- Das mag schon sein. Aber früher, als Sie noch da unten saßen, Herr Minister, haben Sie anders geredet.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, wir beantragen entgegen § 59 der Geschäftsordnung noch eine Runde von fünf Minuten, um auf das von Herrn Minister Schleißer Gesagte antworten zu können. Es wäre eine Far-

ce, meine Damen und Herren, wenn das Haus, die gute Stube des Landes, der Regierung nicht einmal mehr antworten dürfte. (C)

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Das wollten Sie doch so!)

In gewissen osteuropäischen Staaten haben wir Gott sei Dank wieder eine Demokratie, und Diktaturen gehören der Vergangenheit an.

(Unruhe)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Dr. Busch zur Geschäftsordnung; bitte!

(Herbert Reul [CDU]: Machen Sie das mit, Herr Busch? - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde!

(Zurufe von der CDU)

Ganz in Ruhe, weil es hier überhaupt keinen Grund zur Aufregung gibt!

Es gibt für uns zwei entscheidende Gründe, weshalb wir der Meinung sind, daß wir eine weitere Fünf-Minuten-Debattenrunde machen sollten, aber mit dem Versprechen, daß danach dann endgültig zur Sache geredet wird. Erstens: um des lieben Friedens willen, weil wir uns ja in der Vorweihnachtszeit befinden, (D)

(Lachen bei der CDU)

und zweitens, weil es, je länger Sie zu diesem Thema reden, desto besser für uns ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, ich habe Probleme mit der Auslegung des § 59 der Geschäftsordnung. Ich sage das hier ganz deutlich. Das, was hier gefordert wird, gibt der § 59 meines Erachtens nicht her, um das einmal klar zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das andere ist der Hinweis vom Kollegen Busch, der wohl auch diesen Knoten gesehen hat und deshalb sagt: Wir machen eine weitere Runde zu je fünf Minuten. Das ist der Vorschlag des Kolle-

(Präsident Schmidt)

- (A) gen Dr. Busch zur Generalaussprache, wie ich einmal sagen will. Wäre das eine Überlegung?  
- Herr Matthiesen, bitte!

(Große Unruhe)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist und bleibt mein Bemühen: Es kann nicht angehen, daß wir durch diese Methode - Herr Kollege Dr. Busch hat dazu seine Interpretation gegeben - gleich zu der Situation kommen, daß wir den Einzelplan 08 überhaupt nicht mehr aufrufen und beraten können, weil alle im Ältestenrat vorgesehenen Grundredezeiten und weitere Runden verbraucht sind.

Ich will hier keine Situation zulassen, in der der wichtige Einzelplan 08, den wir zu Recht wegen der Arbeitslosigkeit, des Strukturwandels, der Technologieförderung usw. an die erste Stelle gesetzt haben, hier hinten herunterfällt. Deshalb, Herr Präsident, kann ich für meine Fraktion einer solchen Lösung nur dann zustimmen, wenn Sie klarstellen, daß wir jenseits der Vereinbarung des Ältestenrates und jenseits des tatsächlichen Ablaufes der Debatte hier, wie vom Ältestenrat vorgesehen, beim Einzelplan 08 in der ursprünglichen Reihenfolge plus Redezeiten wieder einsteigen.

- (B) (Heinz Hardt [CDU]: Das entscheidet er selber!)

Ich habe schon begriffen, worum es geht! Die Opposition will durch Traktiererei das wichtige Thema der Wirtschaft für unser Land verdecken!

(Beifall bei der SPD)

Das ist mit mir nicht zu machen!

(Zurufe von der CDU)

Das ist Ihr taktisches Ziel!

(Bodo Champignon [SPD]: So ist es!)

Mittlerweile haben einige Wortbeiträge und ein paar Verwirrungen um die richtigen Paragraphen dazu beigetragen, daß Sie Ihr Ziel erreichen.

(Zurufe von der CDU)

Ich mache hier deutlich, daß das mit meiner Fraktion aus den von mir genannten Gründen nicht zu machen ist.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Deshalb bitte ich Sie, Herr Präsident, um diese Klarstellung; dann wollen wir uns auch gerne auf eine weitere Runde verständigen. Falls das nicht

- (C) möglich ist, bitte ich darum, durch Mehrheitsentscheidung des Plenums festzustellen, daß wir zum Haushalt 08 in der vorgesehenen Reihenfolge, wie ursprünglich vom Ältestenrat empfohlen, sprechen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Matthiesen, ich schlage vor - und damit treffe ich die Hinweise, die aus der CDU-Fraktion und aus der GRÜNEN-Fraktion kommen -, daß wir grundsätzlich zu den Empfehlungen des Ältestenrates stehen, denn darüber ist überhaupt nicht mehr diskutiert worden. Das heißt also, daß wir entsprechend beim Einzelplan 08 zur Sache weiterverfahren müssen.

Aufgrund des Redebeitrages des Herrn Dr. Busch, den ich gehört habe, schlage ich Ihnen ferner vor - falls es Ihnen hilft - daß wir von § 63 Abs. 3 der Geschäftsordnung Gebrauch machen. Darin steht: "In Ausnahmefällen kann die Präsidentin bzw. der Präsident einzelnen Mitgliedern des Landtags das Wort zu dem Beratungsgegenstand für einen Redebeitrag bis zu fünf Minuten erteilen."

Von dieser Ermächtigung mache ich vor dem Hintergrund, den ich gerade bezüglich des Ältestenrates und des Ablaufes dieser Sitzung angesprochen habe, für eine weitere Runde Gebrauch; ich glaube, damit können wir alle leben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Wort hat Dr. Linssen, bitte sehr.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne auf die Bemerkung von Herrn Schleußer antworten, denn er hat hier unseren Antrag vom 27. November zitiert.

Herr Schleußer, Sie wissen ganz genau, daß Sie unrichtig zitiert haben. Der Antrag beginnt nämlich damit, daß der Landtag den Gesetzentwurf zum Haushalt 1997 ablehnt, weil der vorliegende Haushaltsentwurf erstens nicht einmal im Ansatz den Willen zur Umsteuerung zur Konsolidierung erkennen läßt - dazu habe ich gesprochen -, zweitens wesentliche Haushaltsrisiken wie die geänderte Steuereinnahmesituation mißachtet - dazu habe ich gesprochen - und drittens keine Vorsorge für die wegen der Blockadepolitik der SPD im Bundesrat derzeit noch unbekanntem Auswirkung des Jahressteuergesetzes 1997 trifft. Das war am 27. November. Inzwischen ist die Angele-

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) genheit mit dem Jahressteuergesetz erledigt, so wie Sie es in der Pressekonferenz vorgetragen haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Meine Damen und Herren, es ist schon bezeichnend, daß hier sowohl die GRÜNEN als auch der Finanzminister nur zum Jahressteuergesetz, also zur Vermögensteuer und alldem, was inzwischen erledigt ist, reden. Dies geschieht, weil der Finanzminister sagt, daß er mit den Kompensationen und dem, was noch als Vermögenssteuer aus dem vergangenen Jahr nachläuft, hervorragend zurecht kommt.

Meine Damen und Herren, wir haben hier über Steuerausfälle zu sprechen! Das ist der Punkt, um den es jetzt geht.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister hat hier dazu Stellung zu nehmen - dies hat er im Haushalts- und Finanzausschuß verweigert -, ob es richtig ist, daß die Steuerschätzung November 1996 ein Loch von 1 Milliarde DM gegenüber der Steuerschätzung Mai 1996 darlegt, auf der der Haushalt 1997 beruht. Das ist der entscheidende Punkt!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Finanzminister, ich kann Sie nur auffordern, in dieser Runde klarzumachen, ob Sie ein Loch von 1,7 bis 2,4 Milliarden DM bei den Ist-Steuer-einnahmen in 1996 haben,

(Minister Heinz Schlußer: Dafür brauche ich keine fünf Minuten!)

und ob deshalb das ganze Gerede um die 1,5 und 4,3 % nur zur Verwirrung des Publikums aufgezo-gen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Matthiesen hat hier gesagt, daß wir über den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen sprechen sollen. Wenn ich einen Haushalt beraten soll, von dem ich weiß, daß die Etatpositionen, die auch zu bestimmten arbeitsmarktrelevanten Etatansätzen vorgezeichnet sind, sämtlich Makulatur sind, weil Einsparungen spätestens im Früh-jahr vorzunehmen sind, dann lohnt es sich nicht, darüber zu diskutieren, denn dann ist letztendlich alles Makulatur, was hier vorliegt.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Argument, Herr Finanzminister, daß Sie regionalisierte Steuerschätzungen nicht schematisiert

übernehmen, akzeptieren wir. Aber bitte erklären Sie dem Hohen Hause, warum Sie bei der Feinarbeit der Steuerschätzung Mai 1996 als Grundlage für den Haushalt 1997 gerade einmal eine Differenz von 60 Millionen DM bei einem Steuereinnahmevermögen von 69 Milliarden DM hatten. In einem solchen Rahmen von 60 bis 100 Millionen DM bleibt aber auf jeden Fall nach der Steuerschätzung vom November 1996 ein Riesenloch von mindestens 800 Millionen DM; das sage ich Ihnen. (C)

Deshalb wiederhole ich: Dieser Haushalt ist nicht beratungsfähig. Ich kann schon verstehen, meine Damen und Herren, daß der Kollege Matthiesen in Anbetracht des ganzen Desasters, das sich in dieser Koalition zeigt, und in Anbetracht seiner Einlassung, die er heute hier vorgetragen hat, - jetzt zitiere ich ihn wörtlich - "bei seiner täglichen Arbeit phasenweise Anflüge tiefer Depression verspürt".

(Beifall und Lachen bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Hombach für die Fraktion der SPD das Wort.

**Bodo Hombach (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich versuche mich gerade auf das einzustellen, um was es in dieser Debatte geht. Herr Dr. Linssen, ich kann mir gut vorstellen, daß Sie, wenn Sie morgens beim Frühstück die Zeitung lesen und die Bonner Haushaltsdebatte nachvollziehen, oft denken: Wenn ich da in Bonn Opposition wäre, würde ich es denen einmal richtig zeigen. Wer einen solchen Chaoshaushalt vorlegt, wie es Finanzminister Waigel getan hat, hat eine richtige Strafe im parlamentarischen Alltag verdient. Verstehen kann ich auch, daß Sie dann sagen: Dann will ich in Düsseldorf einmal üben, wie man das machen kann, eine Sau durchs Dorf zu treiben. - Aber Sie machen es hier am falschen Objekt. In Bonn dagegen gehörte es sich. (D)

(Beifall bei der SPD)

Was ich Ihnen ganz besonders übelnehme, Kollege Meyer - das kränkt mich richtig -, ist, daß Sie das beim Thema Wirtschaftspolitik, der Mutter der Politik in schweren Zeiten, tun. Was waren wir auf einem guten Wege, Kollege Meyer, uns über Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit der Förderung von Wachstum in Nordrhein-Westfalen zu verständigen! Deshalb

(Hombach [SPD])

- (A) nehme ich Ihnen diese Art der Auseinandersetzung übel. Ich weiß auch nicht, wie wir in Zukunft wieder zueinander kommen sollen.

Daß Ihnen nach 30 Jahren Opposition die Argumente ausgehen, kann ich verstehen. Ich kann auch begreifen, daß Sie nach 30 Jahren Opposition nicht jedesmal dasselbe sagen und nicht jedesmal die relative Bedeutung dessen mitbekommen wollen, um was es geht. Nur, eines ist wichtig: daß uns, die wir für dieses Land Verantwortung tragen, nicht die Konzepte ausgehen. Ich glaube, daß wir am Beispiel des Haushalts deutlich machen können, daß uns nicht nur Konzepte nicht ausgegangen sind, sondern daß wir wichtige Leuchttürme, Signale, Marksteine in der Wirtschaftspolitik gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen, meine Kollegen von der CDU, heute morgen, wenn der Präsident es erlaubt, ein Zitat schenken:

"Die Verunsicherung der Menschen gehört zu den Kampfmitteln gegenwärtiger politischer Propaganda. Wen wundert es, wenn vor dem Hintergrund ständiger düsterer Prophezeiungen die nüchtern abwägenden Prüfungen der wirklichen Gefahren verlorengehen? Gleichzeitig droht die Einschätzung des Erreichten in einem Nichts zu verschwimmen."

(B)

Dieses Zitat, Kollege Meyer, ist nicht von Waigel oder Kohl aus der aktuellen Haushaltsdebatte, sondern von Ludwig Erhard in einer Haushaltsdebatte, der im kommenden Februar 100 Jahre alt würde. Seine Warnung vor ideologisch motivierter Panikmache in der Wirtschaftspolitik ist heute brandaktuell. Ich finde, Sie sollten davon lernen. Das, was Sie hier vormachen, das Thema Wirtschafts- und Finanzpolitik zu reideologisieren und in Schaugefechten zu mißbrauchen, ist aus meiner Sicht eine Frechheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen, damit Sie sehen, worum es gegenwärtig in Deutschland geht, wenn wir über Haushalte diskutieren, mit auf den Weg geben, was die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute - Sie wissen, das sind das DIW, das HWWA, das ifo-Institut, das Institut für Weltwirtschaft und Weltforschung, das RWI und alle, die Rang und Namen haben - aktuell zur Haushaltsberatung in Bonn zu sagen haben:

"Die Vorschläge zum Stopfen der immer wieder zutage tretenden Haushaltslöcher sind zu meist von hektischem Aktionismus geprägt; darüber drohen mittelfristige Konzepte völlig aus dem Blick zu geraten: Damit wird mehr Vertrauen verspielt als gewonnen, zumal bei den meisten Vorschlägen nicht einmal mehr Steueranhebungen, sondern die Rücknahme bzw. Verschiebung von bereits avisierten Steuersenkungen im Vordergrund stehen."

(C)

Das ist die Realität, und das ist ein Punkt, der gegenwärtig die Wirtschaft in Deutschland mehr verunsichert als alles andere, nicht der Punkt, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen an den Steuersätzen in unserem Haushaltsentwurf von 69,35 Milliarden DM festhalten. Diese Schätzung scheint uns seriös. Die Finanzpolitik des Landes ist im Gegensatz zur Finanzpolitik des Bundes seriös und berechenbar.

Es gibt einen Punkt - und auch darüber ärgere ich mich, daß Sie den hier überhaupt nicht angesprochen haben -: Der Finanzminister hat zu Recht gefordert - dabei hat er die Interessen des Landes wahrgenommen -, daß Nordrhein-Westfalen in Zukunft weniger in den Länderfinanzausgleich zahlt. Wir haben die Situation, daß schwächere Länder inzwischen pro Bürger mehr Geld zur Verfügung haben als finanzstarke Länder wie Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen sind an ihre Grenzen gestoßen, die Zahl der Länder erst recht. Ich hätte mir gewünscht, daß Sie hier deutlich machen, daß Sie den Finanzminister bei seinem berechtigten Kampf um die Interessen des Landes nachhaltig unterstützen, wie es Ihre Pflicht wäre.

(D)

Die Zahlen des Wirtschaftshaushalts sind - darauf sind wir sehr stolz - überproportional gestiegen. Laut Haushaltsentwurf der Landesregierung sollte er um 209 Millionen auf 2,79 Milliarden DM steigen. Die Koalitionsfraktionen haben nach intensiven Beratungen noch einen draufgesetzt. In schwierigen Zeiten wurde der Etat um 20 Millionen DM erhöht. Insgesamt erhöht sich der Wirtschaftsetat damit um 229 Millionen DM; das ist eine Steigerung von 8,9 Prozent. Das ist, wie gesagt, eine überproportionale Anhebung, die der Wirtschaftsförderung zugute kommt. Die Gründungsoffensive ist gestärkt worden, die Technologieprogramme sind verstetigt worden, der Bergbau erhält seine Hilfen, und die rationale Energienutzung im Wirtschaftsetat ist ebenfalls aufgestockt worden.

Es ist nun Folge Ihrer Laviererei heute morgen, daß wir über all die wichtigen Punkte, die diesen



(Hombach [SPD])

- (A) Haushalt kennzeichnen - von der Gründungsoffensive über die Wirksamkeit der Meistergründungsprämie über den Ausbildungskonsens, über die Technologie- und Innovationspolitik, über den Beteiligungskapitalfonds, über die zusätzlichen 20 Millionen DM für die Landesaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung bis hin zur Steinkohle -, nicht hinreichend debattieren können, daß wir nicht darlegen können, welche bedeutenden politischen Signale in diesem wichtigen Haushaltsteil gesetzt worden sind, weil schon das Signal "Redezeit zu Ende" blinkt. Kollege Meyer, das ist ein Rückschlag für die wirtschaftspolitische Debatte hier im Parlament, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Klaus Matthiesen (SPD) begibt sich zu Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose und redet mit ihm.)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich bin vom Präsidenten unterrichtet worden, Herr Kollege Matthiesen, daß jeder Fraktion noch eine fünfminütige Redezeit zur Verfügung steht und daß anschließend der Einzelplan 08 beraten wird.

(Heinz Hardt [CDU] begibt sich ebenfalls zu Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose und beteiligt sich an dem Gespräch.)

(B)

Ich bin so unterrichtet worden.

Ich frage jetzt, wer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht. - Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zahlreiche Zu- und Gegenrufe von allen Fraktionen)

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Massenerwerbslosigkeit, Umweltverschmutzung, zunehmende Armut in Nordrhein-Westfalen wie in Deutschland stellen uns vor größere Herausforderungen, als die CDU-Fraktion das gern wahrhaben möchte. Es muß uns gelingen - und ich rede hier im Gegensatz zur CDU-Fraktion zur Sache -, eine ökonomisch erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit ökologisch zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu verbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie die Debatte jetzt hier chaotisiert haben, kann ich ähnlich wie Kollege Hombach nicht mehr zur Verstetigung der Regionalstelle "Frau und Be-

ruf", zur Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk", zum Existenzgründer/innenprogramm sprechen, das die Koalitionsfraktionen zugunsten der Erwerbstätigkeit von Frauen hier im Wirtschaftsetat aufgelegt haben. (C)

Ich möchte allerdings noch ein paar Worte zur Gründungsoffensive sagen. Am Samstag wird die Gründungsoffensive NRW ein Jahr alt. Die Bilanz der Gründungsoffensive kann sich sehen lassen. Seit Februar dieses Jahres fanden 125 Gründertage und Messen mit rund 11 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Allein bei der WGZ-Bank - -

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Kollegin Landsberg, ich darf Sie einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Bitte schön!

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Busch, bitte!

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Liebe Kollegin Alexandra Landsberg, bist du mit mir der Meinung, daß es hier in diesem Saal entschieden zu laut ist und daß man entweder hinausgehen oder sich mit Aufmerksamkeit deinem Redebeitrag widmen sollte? (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Dazu bin ich natürlich der gleichen Ansicht.

Die WGZ-Bank hat die Anzahl der Gründungskredite um 15 % steigern können. Das Volumen der Gründungskredite stieg um 50 %. Die Gründungsoffensive NRW wird eine Vielzahl zusätzlicher Gründungen in Nordrhein-Westfalen herbeiführen. Damit ein Mehr an Gründungen nicht lediglich ein Mehr an Insolvenzen wird, hat die Landesregierung das Beratungsangebot ausgebaut.

Wenn die Gründungsoffensive NRW auch nicht zu einer Halbierung der Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 führen wird, so wird sie doch sicherlich in nennenswertem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaftsstruktur in

(Landsberg [GRÜNE])

- (A) Nordrhein-Westfalen stabilisieren und Innovationen anregen. Jetzt müssen der medialen Umsetzung der Gründungsinitiative NRW auch Taten folgen.

Wir haben in der vergangenen Plenarsitzung den Beteiligungskapitalfonds NRW beraten. Ich hätte hier auch gerne noch einige Worte dazu gesagt, was wir uns unter einer weiteren Umsetzung vorstellen. Aber auch das ist aufgrund der Einlassungen der CDU-Fraktion leider nicht möglich.

Nun möchte ich gern noch einige Worte zur Industriepolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sagen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte mit einem 135-Millionen-DM-Programm "Bahnland NRW" eine andere, eine zukunftsfähige Industriepolitik für das Land Nordrhein-Westfalen einleiten. Leider haben wir unseren Koalitionspartner in diesen Haushaltsberatungen noch nicht davon überzeugen können. Herr Eichenseher wird sicherlich gleich aus verkehrspolitischer Sicht noch einiges dazu sagen; aber ich möchte gerne zur ökonomischen Bedeutung dieser Verweigerung einige Worte verlieren.

- (B) Das Haus von Minister Clement hat bei SCI-Verkehr GmbH ein Gutachten in Auftrag gegeben, das genau die Dringlichkeit dieses Programms "Bahnland NRW" belegt. In Nordrhein-Westfalen sind rund 450 Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne im Bereich der Bahntechnik tätig. Hier werden Lokomotiven, Waggons für Güter- und Personenverkehr, technische Fahrwegausrüstungen, Bahnstromanlagen und Umschlagtechnik entwickelt und vermarktet. Diese Betriebe beschäftigen 40 000 Menschen. Einschließlich aller Zulieferer und unter Einschluß der Beschäftigten bei den Verkehrsunternehmen sind in Nordrhein-Westfalen rund 100 000 Erwerbstätige vom System Schiene abhängig. Trotzdem betreibt Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu Bayern bis heute keine systematische Bahnpolitik. Das wird in den Defiziten der Branche deutlich, und es gefährdet viele tausend Arbeitsplätze.

Jedes vierte Unternehmen der NRW-Bahnindustrie hat in den letzten Jahren Produktionsverlagerungen in andere Länder vorgenommen. Neben Produktionsverlagerungen ins Ausland spielte dabei eine Rolle, daß Niedersachsen, Bayern und die neuen Bundesländer auch unter NRW-Bahntechnikunternehmen eine offensive Anwerbspolitik praktizieren. Bestandspflege wird in der NRW-Wirtschaftspolitik dagegen klein geschrieben.

In einer Befragung der nordrhein-westfälischen Bahntechnikunternehmen schnitten die Finanzierungsmöglichkeiten und die Förderprogramme des Landes relativ schlecht ab. Unter anderem heißt es in dem Bericht:

"Die Exportförderung des Landes vermögen die meisten Betriebe nicht zu beurteilen."

Die Landesregierung steht den kleinen und mittleren Unternehmen der Branche bislang nicht zur Seite, um ihnen die Absatzwege ins Ausland zu erleichtern.

Der Stand der Vernetzung der Unternehmen der Bahntechnik wird ausgesprochen negativ beurteilt.

Die vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Landesinitiative "Bahntechnik NRW" gliedert sich in drei Teile:

- Technologieprogramm Schienenverkehr  
30 Millionen DM
- Modernisierung von Bundesbahnstrecken  
95 Millionen DM
- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene  
10 Millionen DM

Wir haben lediglich 8 Millionen DM für das Technologieprogramm Schienenverkehr bewegen können. Das ist uns als offensiver Einstieg in eine neue Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mir scheint, daß, wenn die letzte Startbahn in Nordrhein-Westfalen verlängert ist, wenn jedes Großunternehmen seinen eigenen Autobahnanschluß hat und Sie von jedem Regionalflughafen in Nordrhein-Westfalen auf die Malediven fliegen können, dann werden die Struktur-Konservativen in diesem Land merken, daß auch Unternehmer und Unternehmerinnen nicht auf einem einzigen großen Flugzeugträger leben wollen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Landsberg, ich muß Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Alexandra Landsberg (GRÜNE): Es ist schade für soviel verschenkte Zeit für eine zukunftsfähige

(Landsberg [GRÜNE])

(A) ökologische und soziale Perspektive für dieses Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön. - Wird zum Einzelplan 08 weiter das Wort gewünscht? - Bitte schön, Herr Kollege Hunger!

(Zurufe)

- Also zu dieser Runde? - Nicht! Er hat sich aber gemeldet.

(Weitere Zurufe - Klaus Matthiesen [SPD]:  
Nein! - Lachen und Zurufe von der CDU)

- Ich muß doch fragen.

Weitere Wortmeldungen - liegen demnach nicht vor.

Herr Minister, bitte schön!

(B) **Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Aufklärung, ob es jetzt darum geht, die fünf Minuten über die allgemeine Aussprache zu absolvieren, oder ob es nun um die Sache geht. Wenn es um die Sache geht, würde ich gern für die Landesregierung dazu sprechen. Ist das nicht der Fall, dann bitte ich, auf das Wort verzichten zu dürfen.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Minister, es ist eine weitere 5-Minuten-Runde hier einbezogen worden. Das sind noch diese fünf Minuten. Aber inzwischen haben die Kollegen natürlich zur Sache auch gesprochen.

**Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Und danach beginnt die Aussprache über den Haushalt 08?

(Zurufe)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Nein, wir sind schon dabei. (C)

(Zurufe - Unruhe)

**Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Versuch der Ernsthaftigkeit möchte ich Sie daran erinnern, daß wir über diesen Haushalt 08, den Wirtschaftshaushalt, vor dem Hintergrund von 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland sprechen, daß wir über zusätzlich mindestens 2 Millionen Arbeitsplätze sprechen, die in Deutschland fehlen, daß wir über rund 840 000 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen sprechen. Ich muß Ihnen sagen, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ich habe nicht den Eindruck, daß die Debatte, wie sie hier stattfindet, dem gerecht wird,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und ich hege tiefe Zweifel, ob die Bürgerinnen und Bürger das akzeptieren können, was wir heute hier absolvieren.

Ich will deutlich machen, daß der Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums - aber zunächst sprechen wir über den wirtschaftspolitischen Teil - versucht, der entscheidenden Aufgabe, die alle anderen überragt, gerecht zu werden, nämlich die Beschäftigungssituation in Nordrhein-Westfalen - ich sage das einmal so - unter Kontrolle zu halten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern und sie zu sichern. Dies findet unter Rahmenbedingungen statt, die alles andere als ideal sind. (D)

Ich habe nicht die Absicht, jetzt die Bonner Diskussion wieder aufleben zu lassen. Ich möchte nur eines deutlich machen: Das, was in der gegenwärtigen Steuerrückblicksdebatte in Bonn stattfindet, hat bisher jedenfalls keinem einzigen Arbeitsplatz und keinem einzigen Unternehmen wirklich und wirksam geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Was gegenwärtig in Bonn nicht stattfindet, ist die Verwirklichung der permanenten Aussage der Bundesregierung und anderer, daß das Wichtigste

(Minister Clement)

- (A) unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist, die Lohnnebenkosten zu senken.

Tatsächlich findet das genaue Gegenteil statt: Die Lohnnebenkosten in Deutschland steigen und steigen! Wenn ich manche Beiträge aus der Steuerdiskussion höre, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß allein 1 % Steigerung der Rentenbeiträge rund 16 Milliarden DM an Belastung für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet. Das ist das, was zur Zeit eintritt, und das, was auf diesem Sektor der Lohnnebenkosten an Steigerung stattfindet, ist Gift für die Unternehmen und für die Standorte in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Korrekturen ist leider die Rangfolge des Notwendigen mißachtet worden, nämlich die Lohnnebenkosten zu senken, statt beispielsweise über die Vermögensteuer und deren Abschaffung nachzusinnen. Wer diese Rangfolge mißachtet, wird nicht zu einer Verbesserung der Standortbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland kommen.

Im Land sind wir gezwungen, unter diesen Bedingungen alles zu versuchen, was zur Beschäftigungssicherung insbesondere im industriellen Sektor beiträgt, und alles zu tun, was es uns möglich macht, neue Arbeitsplätze zu kreieren.

- (B)

Wir versuchen das auf mehreren Linien. Zunächst einmal geht es uns um die jungen Leute. Ich möchte die Gelegenheit dieser Debatte wenigstens nutzen, um mich bei den Partnern des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen zu bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor dem Ziel, und dieses Ziel werden wir erreichen. Ich kann heute mit absoluter Sicherheit sagen, daß am 1. Februar 1997 jeder junge Mann und jede junge Frau des Ausbildungsjahrganges 1995/96 einen Ausbildungsplatz haben werden, darunter knapp 2000 auf übertrieblichen Ausbildungsplätzen, alle anderen auf betrieblichen Ausbildungsplätzen. Das ist ein großer Erfolg, für den ich dankbar bin.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diesen Kurs der Sicherung der Ausbildung für jeden jungen Mann und jede junge Frau in Nordrhein-Westfalen entschieden fortset-

zen - mit Korrekturen nicht am dualen System, sondern im dualen System. Wir hoffen, über diese Bemühungen, die über mehrere Jahre unternommen werden müssen, das duale System wieder so funktionsfähig zu machen, daß es aus sich heraus eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen mobilisiert. (C)

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wer neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen schaffen will, der wird dies nicht über den öffentlichen Dienst erreichen, denn der wird schlanker. Er wird dies vermutlich nicht über die großen Unternehmen erreichen, denn die machen sich auch zum großen Teil schlanker oder verlegen Teile ins Ausland, in die ausländischen Märkte, was teilweise auch notwendig ist. Wir schaffen die neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätze nur über eine mehrjährige Gründungskampagne, die zum Ziel hat, eine Vielzahl neuer, insbesondere innovativer Unternehmen in unserem Lande zu schaffen.

Wir haben auf diesem Sektor längst noch nicht ausreichende Erfolge. Aber ich will doch einmal darauf hinweisen, daß wir allein mit der Meistergründungsprämie, für die wir bis zum Jahresende Mittel in einer Größenordnung von 27 Millionen DM eingesetzt haben, die Schaffung von Handwerksunternehmen mit mindestens 4 500 Arbeitsplätzen angestoßen haben. Meine Damen und Herren, wenn ich das an anderen Investitionsentscheidungen in unserem Lande und in anderen Ländern messe, dann ist das ein hervorragendes Ergebnis: mit einem vergleichsweise geringen Mitteleinsatz eine außerordentlich hohe Zahl von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen im Handwerk geschaffen zu haben. Ich gehe davon aus, daß dieser Prozeß beschleunigt wird. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe sehr, und ich habe auch Anlaß dazu anzunehmen, daß wir im Sektor der innovativen Unternehmen ebenfalls solche Fortschritte erzielen werden.

Die dritte große Anstrengung ist in Nordrhein-Westfalen darauf gerichtet, neue Technologien in unserem Lande zu fördern, durchzusetzen und damit Arbeitsplätze zu mobilisieren. Das haben wir bereits in einem großen Ausmaß im Bereich der Medien, der multimedialen Entwicklung geschafft. Wer sich zur Zeit unternehmenskritische Situationen anschaut, der wird erkennen: Im we-

(Minister Clement)

(A) sentlichen entstehen gegenwärtig neue Arbeitsplätze im Bereich Medien, Multimedia, Telekommunikation. Wir sind auf diesem Sektor in Nordrhein-Westfalen inzwischen in einer Größenordnung von deutlich über 130 000 Arbeitsplätzen, das heißt, fast doppelt so vielen wie im Bergbau.

Diesen Prozeß werden wir im kommunikativen Bereich genauso fortsetzen, wie wir die Anstrengungen im Bereich der Bio- und Gentechnologie, der Verkehrstechnologie, der neuen Energietechniken etc. verstärken müssen.

Sie können sich darauf verlassen, daß das Land seine Anstrengungen auf diesen Sektoren verschärfen wird.

Gleichzeitig sind wir gehalten, alles zu tun, um das, was an industrieller Substanz in unserem Lande vorhanden ist, zu sichern und ihm eine Zukunft zu schaffen. Das gilt für die Steinkohle, für die wir Vorsorge getroffen haben, über die man natürlich gesondert reden müßte. Ich bin überzeugt, daß wir auch vor dem Hintergrund des High-Tech-Sektors, der in diesem Bereich Bergbau entstanden ist, gehalten sind, den Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen lebens- und leistungsfähig zu halten. Das gilt auch im Blick auf die Entwicklung der Stahlindustrie und anderer, die ich jetzt angesichts dessen, daß die Redezeit schon zu Ende ist, nicht im einzelnen darstellen kann.

(B) Ich möchte gerne versichern, daß der Haushalt in einer durchaus beeindruckenden Weise die Voraussetzungen schafft, um auf die Herausforderungen, die uns im Jahre 1997 bevorstehen, einigermaßen reagieren zu können. Wir haben 1997 mit einem außerordentlich schwierigen Jahr zu rechnen, wenn wir berücksichtigen, was im Steinkohlenbergbau und an Strukturveränderungen in der Stahlindustrie und in den anderen Sektoren bevorsteht. Ich gehe davon aus, daß das, was zur Zeit im Haushalt des Wirtschaftsministers dafür vorgesehen ist, nicht ausreicht, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Minister, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Wolfgang Clement,** Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: - Sehr gerne, Herr Präsident. (C)

Deshalb werden wir auch im Zuge der Diskussion um die Zukunft der Steinkohle mit der Bundesregierung zu reden haben, inwieweit sie bereit ist, zur Sicherung, zum Strukturwandel in den Bergbauregionen beizutragen. Sie wissen, daß wir diese Diskussion, diese Erörterungen und Verhandlungen noch vor uns haben.

Es tut mir leid, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Redezeit ist zu Ende. Das, was wir heute morgen hier absolviert haben, wird der Herausforderung, mit der wir es in Nordrhein-Westfalen zu tun haben, sicherlich nicht gerecht - auch dem Wirtschaftshaushalt nicht, aber das ist nicht entscheidend.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünschte mir, wir fänden eine andere Gelegenheit, in Ruhe über das zu reden, was sich in unserem Lande abspielt. Das ist ziemlich gewaltig und bedrückend. Es bedrückt viele Menschen, und sie tun gut daran, darauf zu reagieren. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Hombach, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

**Bodo Hombach (SPD):** Die Enttäuschung des Wirtschaftsministers, ein Mann, dem es um die Sache und um die Lösung der Probleme geht, Kollege Meyer, kann ich verstehen.

(Wortwechsel zwischen Laurenz Meyer [CDU] und Marianne Hürten [GRÜNE])

Die Fachleute, Kollege Meyer, bleiben - zumindest körperlich - sitzen. Ich hoffe, daß bei Ihnen auch die geistige Anwesenheit gewährleistet ist, denn nach den Regeln müssen Sie Ihre volle Arbeitskraft in den Dienst Ihres parlamentarischen Mandates stellen. Das ist die Einheit von Körper und Geist, Kollege Meyer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben uns kurz mit den Freunden von der GRÜNEN-Fraktion beraten. Wir wollen in dem

(Hombach [SPD])

- (A) Chaos, das Sie angerichtet haben, wenigstens den parlamentarischen Anstand wahren und die sachlichen Möglichkeiten, die jetzt noch gegeben sind, dargestellt wissen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, im Rahmen der wenigen Minuten, die uns verbleiben, doch noch auf den Einzelplan 08 einzugehen. Denn heute morgen, als ich überlegte, was das Spiel eigentlich soll, dachte ich zuerst, daß es Ihr Hauptanliegen sei, von den chaotischen Bonner Haushaltsberatungen, die gegenwärtig die Republik erschüttern, abzulenken. Sie haben aber etwas ganz anderes vor: Sie wollen von den Erfolgen der Regierung im Einzelplan 08, sprich: Wirtschaftspolitik ablenken!

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen keine Gelegenheit geben, daß wir entwickeln ---

(Lachen des Laurenz Meyer [CDU])

- Herr Kollege Meyer, diese Anstrengung zum Lachen, das müssen Sie lassen, da merkt man die Verkrampftheit. Das ist auch schädlich, da kann hier etwas platzen.

- (B) Sie wollen also von den Erfolgen der Wirtschaftspolitik ablenken, weil Sie draußen im Lande merken, wie gut sie beim Mittelstand, Handwerksverbänden usw. ankommt. Deswegen wollen wir es Ihnen nicht so leicht machen und noch ein bißchen reden. Ich habe Ihnen immer unterstellt - ich tue es auch weiterhin -, daß es Ihnen auch um das Wohlergehen ---

(Helmut Diegel [CDU] gibt dem Präsidium zu erkennen, daß er eine Geste des Redners als das Zeigen eines "Vogels" verstanden hat. - Loke Mernizka [SPD]: Das hat er überhaupt nicht gemacht. Er meinte die Äderchen; das kann sein!)

- Nein, nein, ich meinte die Backenknochen da, nicht was Sie meinen, Herr Diegel, ich meinte hier diese Äderchen; das war kein "Vogel". Das stelle ich klar, Kollege Meyer, das hätte ich nie gemacht!

(Helmut Diegel [CDU]: Bei Ihrem parlamentarischen Stil ist nichts unmöglich!)

- Herr Diegel, mit Ihnen über Stil zu streiten, verbiete ich mir aus Menschlichkeit. Ganz im Ernst, provozieren Sie mich nicht, sonst wird es komisch!

Daß Ihnen das Wohlergehen des Landes am Herzen liegt, will ich unterstellen; das habe ich immer getan. Ich glaube, daß Sie die Widersprüche, die jetzt offenbar geworden sind - die Widersprüche zwischen der Politik des Bundes, nämlich der Griff in die Kassen von Ländern und Kommunen, Widersprüche in der Kohlepolitik - so unerträglich finden, daß Sie diese heute morgen nicht austragen wollen. Dennoch hindern Sie uns nicht daran, daß wir die Erfolge des Einzelplans 08, wenn auch im Telegrammstil, noch einmal darstellen.

Der Haushaltsplan "Wirtschaft" ist um 8,9 %, also im Vergleich zum gesamten Landeshaushalt überproportional, gestiegen. Der Wirtschaftshaushalt setzt Schwerpunkte bei der Stabilisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, bei der Verbesserung von Ausbildungsmöglichkeiten und der Ausbildungsqualität, und er setzt einen Schwerpunkt bei der Gründungsoffensive.

Die Gründungsoffensive hat ein Volumen von 360 Millionen DM und ist in ihrem Beratungsteil noch aufgestockt worden. Die Programme zur Förderung benachteiligter Jugendlicher in der Berufsausbildung sind ebenso wie eine Reihe wichtiger Technologieprogramme, über die wir im einzelnen schon gesprochen haben, erhöht worden.

Die rationelle Energienutzung wird im Wirtschafts-etat mit 60,8 Millionen DM angesetzt und ist ein ganz wichtiger Baustein für das, was wir in der Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung zugesagt haben, nämlich im Energiebereich einen wichtigen Umsteuerungsprozeß einzuleiten. Der Wirtschaftspolitik der Worte müssen Taten folgen, und wir haben im Haushalt 1997 eine Vielzahl von Dingen eingelöst.

Die Gründungsoffensive ist zusätzlich verstärkt und ausgestattet worden. Die Meistergründungsprämie, Kollege Meyer, auf die Sie sich auch beziehen und für die Sie sich auszeichnen lassen, ist ein ganz erfolgreiches Instrument. Nach dem Stand vom 18.11.1996 konnten 821 Betriebe mit 1 699 Arbeitsplätzen neu geschaffen werden, ferner 1 255 Arbeitsplätze in 456 übernommenen Betrieben.

Wenn man das hochrechnet, so wurden allein in dieser kurzen Zeit mit dieser Maßnahme 4 231 Arbeitsplätze geschaffen. Bezieht man das auf die zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel, so sind das 6 000 DM pro qualifizierten Arbeitsplatz. Ich kenne kein analoges Programm, bei dem mit

(C)

(D)

(Hombach [SPD])

- (A) so geringem Mitteleinsatz soviel Erfolg am Arbeitsmarkt erreicht worden ist.

Wir haben in der Technologie- und Innovationspolitik durch die Prämierung als Bioregion Rheinland im Bundeswettbewerb "Bioregion" gezeigt, daß wir in diesem Programm auf dem richtigen Weg sind. Es wäre Ihnen peinlich gewesen, uns dafür loben zu müssen, deshalb kann ich Ihr Schweigen verstehen.

(Beifall des Bodo Champignon [SPD])

Sie wissen, daß wir mit dem Koalitionspartner das Verfahren wie wir Risikokapital in vernünftiger Weise für kleine und mittlere und innovative Unternehmen zur Verfügung stellen können - eine Debatte, die seit vielen Jahren geführt wird -, erfolgreich auf den Weg gebracht haben.

Sie wissen, daß wir mit dem Koalitionspartner erfolgreich und anerkannt im Bereich der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen tätig sind. Sie wissen auch, daß man dort zunehmend respektiert, daß unsere politischen Initiativen Hand und Fuß haben und tatsächlich in der Praxis wirksam sind. Und Sie wissen, daß der Beteiligungskapitalfonds mit seinem geplanten Volumen von einer Milliarde DM Antwort ist auf zwanzig Jahre Forderungsrhetorik, die Sie uns hier vorgemacht haben. Er ist die Lösung eines wichtigen Problems.

(B)

Daß wir für die regionale Wirtschaftsförderung 20 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt haben, wird all diejenigen freuen, die in Regionen, die nicht in die Förderungsgebiete der Europäischen Gemeinschaft fallen, Probleme lösen müssen. Denn es gibt - das wissen Sie genau, Kollege Meyer - erhebliche Probleme außerhalb dieser so ausgestatteten Fördergebiete. Und es gehört zu den notwendigen wirtschaftspolitischen Instrumentarien der Landesregierung, hier ihre Eingriffs- und Förderungsmöglichkeiten zu verstärken.

Im übrigen stehen wir zur heimischen Steinkohle. Für Sie wäre es besonders peinlich gewesen, sich zu dem Thema "Aufstockung und Verstetigung des Steinkohlebeitrages des Landes auf 1,2 Milliarden DM" verhalten zu müssen.

All das zusammengenommen hätten wir mit Ihnen heute morgen in einer ordentlichen, dem Thema wirklich angemessenen Debatte gerne erörtert. Und ich hätte es verstanden - ich wiederhole es -,

wenn Ihnen die Antwort schwergefallen wäre. - (C)  
Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einige kurze Anmerkungen zur Energiepolitik und auch zur Wirtschaftspolitik machen. -

Kraft-Wärme-Kopplung, Herr Meyer, ist das Rückgrat einer ökologischen Energieversorgung. Mit Blick auf diese Tatsache haben wir hier ein Problem erkannt, nämlich die mangelhafte Ausstattung des Programms zur Fernwärmeförderung mit 14,5 Millionen DM. Dieses Problem haben wir einer Lösung zugeführt, indem wir das Programm schon für das Haushaltsjahr 1997 um 8 Millionen DM aufgestockt haben. Das heißt: Hier haben wir trotz der restriktiven Haushaltsbedingungen einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Problems geleistet.

(D)

Und was tut die CDU im Wirtschaftsausschuß? - Sie stimmt dagegen. Herr Meyer, ich hätte in diesem Zusammenhang wirklich gerne gewußt, wie man die Zielsetzung der Bundesregierung, bis zum Jahre 2005 25 bis 30 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu vermeiden, mit der Blockade des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme in Nordrhein-Westfalen vereinbaren will.

Man sieht Herrn Meyer an, daß er geradezu physisch darunter leidet, hier nichts sagen zu dürfen. Da kann ich nur sagen: Das geschieht Ihnen recht. Man sieht Ihnen auch an, daß Sie gewisse Zweifel, eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Strategie der CDU hegen. Sie erklärten gerade, es sei Notwehr, daß Sie sich an dieser Debatte nicht beteiligen. Aber Notwehr ist auch wehrhaft. Was Sie hier jedoch tun, ist gar nichts, ist die Null-Lösung. Dieses Verhalten verstehe ich nicht. Ebenfalls vorhin haben Sie erklärt, Sie wollten wenigstens körperlich an der Beratung teilnehmen. Allerdings sehe ich nur ganz wenige CDU-Abgeordnete. Auch dieses Verhalten ist mir nicht erklärlich.

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) (Bodo Champignon [SPD]: Um so weniger stören sie auch!)

Ich hätte mir gewünscht, daß Sie, wenn Sie es schon ankündigen, tatsächlich physisch an der Debatte teilnehmen. Aber selbst dazu haben Sie jetzt wahrscheinlich keine Lust mehr. Man müßte deshalb darüber nachdenken, ob man nicht Ihren Oppositionszuschlag streicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben im Haushalt Klarheit geschaffen, was die Steinkohlepolitik angeht. Wir haben gesagt: 1,2 Milliarden DM für die Steinkohleförderung und die Strukturhilfe für die Steinkohleregionen. Wir haben gesagt, daß wir die vorhandenen Programme durchforsten wollen, um sie auf die besonders betroffenen Regionen konzentrieren zu können. Mehr ist nicht drin. Das Land Nordrhein-Westfalen kann nicht zum Ausfallbürgen für den Bund werden.

(B) Es besteht auch kein sachlicher Zusammenhang mit der Atomenergie- bzw. der Entsorgungsfrage. Insofern möchte ich ausdrücklich das unterstützen, was Ministerpräsident Rau zu diesem Thema gesagt hat, daß nämlich die Bergleute und die Kohle von der Atomwirtschaft nicht als Geiseln genommen werden dürfen. Davon weichen wir GRÜNEN nicht ab. Wir erwarten, daß der Koalitionsvertrag auch an dieser Stelle ernst genommen wird. Darin heißt es eindeutig, daß das Zwischenlager Ahaus keinen Müll von außerhalb Nordrhein-Westfalens aufnehmen darf. Insofern gibt es für Nordrhein-Westfalen in dieser Frage auch nichts zu verhandeln. Wir haben in dieser Frage nichts anzubieten. Wir haben nichts anzubieten für einen sogenannten Entsorgungskonsens der Atomwirtschaft, der nur dazu diente, den Betrieb von Atomkraftwerken zu verlängern.

Ich möchte ein kurzes Wort zu dem Thema "Bekämpfung der Erwerbslosigkeit" sagen. Es muß das Thema des Jahres 1997 werden. Es ist das Thema der rot-grünen Koalition. Ich begrüße ausdrücklich, daß Minister Clement das Ziel "Halbierung der Erwerbslosigkeit bis zum Jahre 2000" im Unterschied zu unserem Bundeskanzler Kohl nicht aufgegeben hat. Herr Meyer, ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist: Bundeskanzler Kohl hat es irgendwann wahlkampfwirksam verkündet und dann unauffällig wieder beerdigt. So wollen wir damit nicht umgehen. Wenn wir allerdings eine

(C) Halbierung der Erwerbslosigkeit wollen - das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg hat erklärt, wie das funktionieren kann -, dann muß der weit überwiegende Beitrag dazu durch die Arbeitszeitverkürzung erbracht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Arbeitszeitverkürzung ist das Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Ich glaube, genauso mutig, wie wir das Ziel "Halbierung der Erwerbslosigkeit" aufrechterhalten, müssen wir auch das Instrument benennen und in all seinen Facetten durchzusetzen versuchen. Die wichtigsten Instrumente sind der Überstundenabbau und die Teilzeitarbeit. Da kann der Landesdienst, kann der öffentliche Dienst sicherlich ein gutes Stück vorangehen und entsprechend Beispiele bringen.

Wenn wir über Beschäftigungswirkung auch öffentlicher Programme reden, muß man sich ansehen, was das Thema "Arbeit und Umwelt" hierzu beitragen kann. In diesem Zusammenhang bedauere ich ausdrücklich, daß zwar der originäre Wirtschaftshaushalt um 220 Millionen DM gewachsen ist, aber gleichzeitig die originären Landesmittel für den ÖPNV-Ausbau um 140 Millionen DM gekürzt wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Das ist für uns ein großes Problem, weil es natürlich das Gegenteil von Verkehrswende darstellt, weil hier ökologische Möglichkeiten nicht genutzt wurden, weil gleichzeitig Beschäftigungswirkungen nicht genutzt wurden, die für uns im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Wir sind der Meinung, daß das Thema "Arbeit und Umwelt" noch mit Leben gefüllt werden muß. Diese Aufgabe liegt vor uns, und ihr werden wir uns mit aller Entschlossenheit widmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, zu diesem Themenbereich stelle ich zur Zeit keine weiteren Wortmeldungen fest. Dann kann ich ihn **abschließen**.

Ich komme dann zum zweiten Teil im Einzelplan 08:



(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) b) Verkehr

Als erstem Redner darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Hunger das Wort erteilen.

**Heinz Hunger (SPD):** Herr Präsident! Mein sehr geehrten Damen und Herren! In meiner über 16jährigen parlamentarischen Tätigkeit in diesem Landtag habe ich es noch nie erlebt, daß sich eine große Fraktion weigert, den Haushalt für unser Land mitzubearbeiten und sich statt dessen hier hinsetzt und schweigt. Ich ziehe daraus den Schluß: Die Opposition in diesem Hause besitzt nicht einmal mehr die Kraft, den Konzepten der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung ihren Entwurf zur Lösung der vor uns liegenden, drängenden Problemlagen gegenüberzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage die Opposition: Sind über 4 Millionen registrierte Arbeitslose in dieser Republik und Tausende junger Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, noch nicht genug für Sie, in diesem Lande Politik mitzugestalten? Ich kann Ihnen eins sagen: Die Bürgerinnen und Bürger, die von diesen Problemen belastet sind, haben für Ihr Verhalten in keinster Weise Verständnis.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun zum Einzelplan 08: Der Verkehrshaushalt 1997 ist von folgenden Merkmalen geprägt: Wir leisten mit Investitionsausgaben von mehr als 1,6 Milliarden DM einen deutlichen Beitrag zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Wir sichern die für unser Land wichtige Infrastruktur und damit auch direkt wie indirekt Arbeitsplätze.

Die Ausgaben im Verkehrshaushalt konnten natürlich von den Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung nicht unberührt bleiben. Das muß man ganz ehrlich und deutlich bekennen. Es ist aber durch die Priorität für Investitionen im Landeshaushalt erreicht worden, daß die Verkehrsausgaben insgesamt fast auf gleicher Höhe bleiben und nur um knapp 3 Millionen DM auf rund 3,671 Milliarden DM im Jahre 1997 sinken. Dabei steigen die Investitionen sogar noch. Obwohl das manchmal in Schiefelage diskutiert worden ist, hat das unser Koalitionspartner sicherlich erkannt.

Ein weiteres Merkmal des Verkehrshaushalts ist die Fortsetzung der Vorrangpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenpersonennahverkehr: Rund 82 % der im Verkehrsbereich veranschlagten Haushaltsmittel werden für den öffentlichen Personennahverkehr und die Schiene eingesetzt, während mit rund 570 Millionen DM nur rund 15,5 % in den Straßenbau fließen.

(C)

Dies ist zum einen eine wesentliche Folge der Haushaltskonsolidierung, zum anderen aber auch der Tatsache, daß wir in Nordrhein-Westfalen über ein im wesentlichen gut ausgebautes Netz an Landesstraßen verfügen.

Was wir bei den Landesstraßen brauchen, habe ich schon anlässlich mehrerer Haushaltsplanberatungen hier zum Ausdruck gebracht. Das haben wir auch in der praktischen Politik umgesetzt. Das ist nämlich der Bau von Lückenschlüssen, der Bau von Ortsumgehungen, damit wir das Leben von Mensch und Umwelt in den vom Verkehr belasteten Innenstädten angenehmer machen können. Von den 570 Millionen DM sind 150 Millionen DM für Baumaßnahmen nach dem Landesstraßenbauausbauplan vorgesehen, der ebenfalls die vorgenannten Schwerpunkte setzt.

Von den rund 3 Milliarden DM für den ÖPNV und den SPNV sind etwa 1,254 Milliarden DM für Investitionen in Verkehrswege und Fahrzeuge vorgesehen. Hinzu kommen rund 1,2 Milliarden DM an Regionalisierungsmitteln für Betriebskosten des Schienenpersonennahverkehrs sowie 400 Millionen DM als Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz.

(D)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutlicher kann man seine Prioritäten angesichts der Finanzsituation aller öffentlichen Hände wohl nicht mehr darlegen und setzen. Das heißt: Die Vorrangpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr wird durch diesen Haushalt in klarster Weise dokumentiert.

Neben der unmittelbaren Förderung von ÖPNV und SPNV in Nordrhein-Westfalen setzen wir aber auch noch andere deutliche Akzente. Wir benötigen eine verstärkte Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene. Deshalb haben wir den 1996 erhöhten Titel für die Förderung von NE-Bahnen, also nicht-bundeseigenen Bahnen, in dieser Höhe auch in diesem Jahr festgeschrieben.

(Hunger [SPD])

- (A) Wir müssen irgendwann einmal zu einem Schienengüterverkehrsgesamtkonzept kommen und hoffen, daß uns das vom Ministerium in Auftrag gegebene Gutachten hierzu einen deutlichen Schritt weiterbringt. Das heißt: Die gesamte Koalition ist sich der Bedeutung des Gütertransportes auf der Schiene klar bewußt.

Wir haben mit SIEMENS in Nordrhein-Westfalen ein potentes Unternehmen in der Schienen- und der Verkehrstechnik. Dieses Unternehmen hat in Wildenrath das modernste Testzentrum der Welt für Schienenfahrzeuge errichtet, das Anfang Januar 1997 in Betrieb genommen wird. Die Testphase ist in diesen Tagen abgeschlossen worden.

Wir haben aber in Nordrhein-Westfalen viele kleine und mittelständische Unternehmen in der Schientechnik. Um die Zusammenarbeit, die Innovationen und die internationale Konkurrenzfähigkeit auf diesem Gebiet zu stärken, haben wir eine neue Titelgruppe für ein "Technologieprogramm Schienenverkehr" in den Verkehrshaushalt eingestellt und für 1997 mit 8 Millionen DM ausgestattet. Das zeigt - ich bitte auch unseren Koalitionspartner, das zur Kenntnis zu nehmen -, daß für die Bahn in diesem Lande mehr denn je getan wird.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Für die Verkehrssicherheit stehen in den nächsten Jahren wieder wie schon in diesem Haushalt 6 Millionen DM zur Verfügung. Wir sind der Meinung, daß dieses Geld für eine weitere Steigerung der Verkehrssicherheit besonders der Schwächeren und der Kinder gut angelegt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eine Bemerkung zum Luftverkehr machen. In der Debatte ist von den Malediven die Rede gewesen. Für die SPD-Landtagsfraktion erkläre ich hier in aller Form: Wir machen keine Luftverkehrspolitik, damit von jedem Verkehrsflughafen zu den Malediven geflogen werden kann, sondern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für die Weiterentwicklung der Strukturen unseres Landes der Luftverkehr ein wichtiger politischer Aspekt ist.

(Beifall bei der SPD)

Luftverkehr ist kein Luxusartikel. Deshalb sind wir daran interessiert und werden alles tun, auch unsere Luftverkehrsplätze weiter auszubauen. Für

- uns ist das ein ganz entscheidender Arbeitsplatzfaktor. Wenn man sich einmal überlegt, daß der Flughafen in Köln neben Ford der zweitgrößte Arbeitgeber in der Region ist, dann kann man das nicht mit den "Malediven" abtun, sondern auch hier müssen wir zu dem stehen, was wir beschlossen haben. (C)

In diesem Sinne werden wir dem Einzelplan 08 unsere volle Zustimmung geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Eichenseher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Peter Eichenseher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf das Stichwort "Malediven" will ich zunächst nicht eingehen, sondern auf die Akzente, die wir im Haushalt 1996 gesetzt haben und im Haushalt 1997 setzen können.

- Im Haushalt 1996 haben wir Akzente gesetzt für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, für die Sicherung und den Ausbau der Schieneninfrastruktur und für die Stärkung des Umweltverbundes. 60 Millionen DM aus dem Landesstraßenbau wurden umgeschichtet für die Förderung des Schienengüterverkehrs, für den Radwegebau und für die Stadterneuerung. (D)

Während der letzten drei Monate, als wir mit der SPD über den Haushalt 1997 verhandelten, wurden viele Signale gesetzt, leider auch einige, die diesen positiven Aufbruch für den ÖPNV wieder umkehren wollten. "Zurück zur Betonpolitik, mehr Geld für den Straßenbau" hieß das Kampfsignal von Klaus Matthiesen. Ob die SPD mit solch widersprüchlichen Signalen noch in der Lage ist, die richtigen Weichen zu stellen, wird das kommende Jahr zeigen. Spätestens 1998 werden wir erfahren, wie zukunftsfähig bzw. zukunftswillig die SPD überhaupt ist.

Der größte Block im Verkehrshaushalt 1997 sind die Ausgaben zur Förderung des ÖPNV. Das hat mein Kollege Hunger auch dargestellt. Rund 3 Milliarden DM werden 1997 für Investition und Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs ausgegeben.

(Eichenseher [GRÜNE])

- (A) Wenn sich auch von außen gesehen an diesem großen Kostenblock wenig ändert, so gab es doch in der Binnenstruktur dieses Haushaltstitels enorme Umschichtungen. Während die dem Land Nordrhein-Westfalen zustehenden Regionalisierungsmittel um rund 600 Millionen DM steigen, sinken gleichzeitig die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz um 480 Millionen DM.

Die SPD nutzte nun diese Gelegenheit, auch die Komplementärmittel aus dem GVFG-Programm um 90 Millionen DM zurückzufahren. Wir haben aber einen riesigen Nachholbedarf beim ÖPNV und für den Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir gefordert, diese frei werdenden 90 Millionen DM zur Verbesserung des SPNV einzusetzen, ein landesweites Programm zur Bahnhofs- und Haltepunktmodernisierung zu starten.

Wir konnten uns nicht durchsetzen. Manche in der SPD verstiegen sich sogar gemeinsam mit einigen - so sage ich einmal - Bürokraten zu der Behauptung, es gäbe im Land gar keinen Bedarf für diese Mittel. Keines der zahlreichen Projekte im Schienenbereich, das die GRÜNEN vorschlugen, sei baureif. Das Verkehrsministerium könne diese 90 Millionen DM mehr für den ÖPNV überhaupt nicht gebrauchen und nicht ausgeben.

(B)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ein schlechtes Argument!)

Herr Minister, wir sollten einmal gemeinsam eine Reise mit dem ÖPNV in den ländlichen Raum unternehmen. Viele Projekte liegen bei den Gemeinden zur Zeit in den Schubladen. Viele werden nicht einmal mehr angemeldet, weil seit Jahren, man kann fast sagen, seit Jahrzehnten das Signal kam, das, was gefordert werde, sei illusorisch; die Bahn sei schuld, daß es nicht finanziert werden könne.

Ich glaube, wir sind dran, ernst zu machen bei der Umsetzung der Signale, die wir gemeinsam aussenden, und endlich auch die Finanzierung bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein finanzieller Rückzug des Landes aus der Förderung des ÖPNV kann jedenfalls nicht die richtige Weichenstellung sein.

Wir begrüßen es, Herr Minister, daß auch Sie das Ziel der Taktverdoppelung im Bus- und Bahnver-

kehr als Ziel der Landesregierung sehen. Wir müßten aber auch 1997 schon den ersten Schritt tun und müßten eigentlich zusätzliche Mittel bereitstellen. Hier bedarf es einer neuen Weichenstellung. Signale allein reichen den Menschen im Lande nicht.

(C)

Auch wenn diese Weichenstellung für den ÖPNV mit dem Haushalt 1997 noch nicht gelingt, geben wir nicht auf, sondern wir werden den 1996 eingeschlagenen Weg beharrlich fortsetzen. Ich will deshalb ganz kurz auf die Erfolge verweisen, die wir mit unserer Beharrlichkeit bisher erreicht haben.

Noch im Jahre 1996 - also noch im Dezember - wird voraussichtlich ein Vertrag zwischen Bahn AG und Land NRW zur Sicherung der insgesamt 30 stilllegungsbedrohten Strecken in Nordrhein-Westfalen unterzeichnet werden. Dieses Stilllegungsmoratorium ist ein Erfolg. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft der Schiene in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der ÖPNV-Bedarfsplan wird im kommenden Jahr erstmals für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Die bisherige Beschränkung auf die Ballungsräume wird damit aufgegeben. Dieser Richtungswechsel in der ÖPNV-Förderung ist eine der wichtigsten Weichenstellungen. Ich bin sicher, daß es uns gelingen wird, die vielversprechenden Stadtbahnkonzepte, die in den Städten wie Paderborn, Aachen, Hamm, Hagen, ja sogar in Gütersloh, entwickelt wurden, in den kommenden Jahren voranzubringen.

(D)

Voraussetzung ist allerdings die Abkehr von unverantwortlich teuren U-Bahn-Projekten. Wer glaubt, man könne heute immer noch Projekte wie etwa die Wehrhahn-Linie in Düsseldorf erfolgreich anmelden und umsetzen, der ist auf dem Holzweg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Milliarde für ein einziges U-Bahn-Projekt - das ist heute nicht mehr verantwortbar. Ich freue mich, daß wir in dieser Einschätzung mit unserem Koalitionspartner einig sind.

Im Auftrag des Landes wird zur Zeit der landesweite integrale Taktfahrplan erarbeitet. Die Umsetzung dieses Taktfahrplans wird eine erhebliche Verbesserung des SPNV aller Regionen des Landes bewirken. Nicht nur die Ballungsräume wer-

(Eichenseher [GRÜNE])

(A) den davon profitieren, sondern auch der bisher vernachlässigte ländliche Raum.

Das Programm "100 Fahrradstationen", die 20 Modellstädte, in denen City-Logistik erprobt und praktiziert wird, die Förderung von Bauland an der Schiene - all das sind weitere positive Ansätze, die wir gemeinsam vertreten und auch gemeinsam fortsetzen wollen. Manches allerdings wird übertönt und überdeckt durch die falschen Signale, die gesetzt wurden.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Eichenseher, wollen Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Appel zulassen?

(Peter Eichenseher [GRÜNE]: Ich lasse sie gerne zu.)

**Roland Appel (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Eichenseher! Ich bin in Ihrem verkehrspolitischen Bereich kein Fachmann. Können Sie bitte die Kürzel ÖPNV und SPNV für Nicht-Fachleute kurz erklären?

(Zurufe)

(B)

**Peter Eichenseher (GRÜNE):** Es kann nicht verkehrt sein, damit sich die Kürzel vollständig ausgeschrieben im Protokoll wiederfinden, zu sagen, daß ich heute von öffentlichem Personennahverkehr und vom Schienen-Personennahverkehr spreche. Ich bin auch dankbar für didaktischen Hinweise meines Kollegen Appel,

(Beifall bei den GRÜNEN)

der sicherlich rhetorisch begabter ist als ich.

Ich wollte noch einmal auf die Signale zu sprechen kommen, die gesetzt wurden und die manchmal die positiven Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GRÜNEN überdecken und auch verfälschen.

Klaus Matthiesen versuchte schon zu Beginn des Sommerlochs, eine Kiste Sekt darauf zu wetten, daß im Jahre 1997 für den Straßenbau wieder 20 Millionen DM mehr ausgegeben würden als 1996. Hier - auch darüber bin ich froh - haben die Koalitionspartner in letzter Sekunde gerade noch die Kurve gekriegt: 15 Millionen DM dieser Summe wurden für den Straßenneubau gesperrt. Die

SPD ist damit zufrieden. Wir sind nicht ganz damit zufrieden. Aber immerhin: Wir haben uns darauf geeinigt, 15 Millionen DM bleiben gesperrt. Die Zahl 150 - das Etikett im Haushalt - ist für die SPD offenbar wichtiger geworden als der Inhalt. (C)

Die Verkehrspolitik - und das noch einmal an die Adresse des Fraktionsvorsitzenden der SPD - ist kein geeigneter Ort, um Machtkämpfe auszutragen. Ich bitte Sie deshalb: Lassen Sie uns und lassen Sie endlich auch die Fachpolitiker und Fachpolitikerinnen in der SPD konstruktive, fachlich vertretbare und inhaltlich schlüssige Politik machen.

In diesem Haushalt 1997 geht es aber - Gott sei Dank! - nicht nur um Beträge, sondern es geht um Weichenstellungen. Ich bin deshalb froh, daß es uns in einem Bereich gelungen ist, eine wichtige Weichenstellung vorzunehmen. Es wird ab dem nächsten Jahr ein Technologieprogramm Schienenverkehr geben, auch wenn der Betrag von 8 Millionen DM noch etwas zu gering ist. Wirtschaftspolitisch bedeutet das für uns den Einstieg in die Sicherung und in die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer Branche, die zur Zeit in einer sehr schwierigen Phase der Umstrukturierung ist.

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(D)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Darf ich einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ich bitte, die Gruppen aufzulösen und zuzuhören oder hinauszugehen. Das stört den Redner. - Bitte schön.

**Peter Eichenseher (GRÜNE):** Es gibt - auch das will ich ausführen, weil es vielen nicht bekannt ist - in Nordrhein-Westfalen etwa 400 Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Bahntechnik mit sage und schreibe 62 000 Beschäftigten und einem geschätzten Umsatz von 14 Milliarden DM pro Jahr.

Wir wollen mit dem Technologieprogramm Schienenverkehr das große Arbeitsmarktpotential dieser von der Landespolitik eher vernachlässigten Branche erschließen und ausbauen. Wir wollen damit die Innovationskraft und die Exportchancen der bahntechnischen Unternehmen in NRW stärken. Allerdings - das ist Leitlinie für uns in der

(Eichenseher [GRÜNE])

- (A) Wirtschaftspolitik schlechthin - wollen wir Innovation fördern und weniger Protektion betreiben.

Die Realisierung zukunftsweisender Nahverkehrssysteme in Nordrhein-Westfalen wäre unserer Meinung nach die beste Exportförderung. Leider werden in Nordrhein-Westfalen an manchen Stellen immer noch gegen unseren Widerstand alte Systeme mit extremen Investitions- und Folgekosten installiert. Als ganz besonders wichtigen Prüfstein für die Zukunft nenne ich hier die S 9 auf der Strecke Haltern-Essen-Wuppertal. Wenn es uns gelingt, auf dieser Strecke tatsächlich innovative Bahntechnologie zu installieren, wenn wir ein zukunftsweisendes S-Bahn-Konzept hier realisieren könnten, wäre das auch ein Exportschlager für die Bahnindustrie in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte zum Schluß noch einen Punkt ansprechen, bei dem uns die Weichenstellung im Jahre 1996 und im Haushalt 1997 noch nicht gelungen ist, bei dem wir aber gemeinsam im nächsten Jahr zu einem Ergebnis kommen können, nämlich die Umstellung der Schienenfahrzeugförderung auf einen Fahrzeugpool.

Das Land gibt zur Zeit 100 Millionen DM pro Jahr für die Schienenfahrzeugförderung aus. Statt einseitig dem Großabnehmer für Schienenfahrzeuge, nämlich die Bahn AG, zu fördern, wollen wir einen Fahrzeugpool bilden, der kleineren Unternehmen zur Verfügung steht. Dieser Fahrzeugpool ist unserer Meinung nach der Schlüssel zur Öffnung des Marktes im Schienen-Personenverkehr. Kleineren Mitbewerbern würde hiermit der Marktzugang erheblich erleichtert. Ich bin zuversichtlich, daß uns diese wichtige Weichenstellung schon im kommenden Jahr gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Clement.

**Wolfgang Clement,** Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Verkehrshaushalt geht es um die Sicherung der Mobilität in unserem Land, das bekanntlich ein hochindustrialisiertes Land ist. Das bedeutet, daß man tunlichst vermeiden sollte, sich vor einem

Verkehrsträger besonders zu neigen und den anderen zum Kontrahenten zu machen. (C)

Es ist außerordentlich wichtig, daß jemand, der Mobilität sichern will, alle Verkehrsträger im Auge hat, möglichst auf die Vernetzung dieser Verkehrsträger hinwirkt und daß er, wenn er wirklich umsteuern will, dies in einer sehr vorsichtigen Weise tun muß, die nicht die Entwicklung und die Mobilität im Lande gefährdet.

Wer sich die Realitäten in unserem Lande anschaut, und zwar auf der Straße wie auf der Schiene wie in der Luft, der wird erkennen, daß wir auf allen Sektoren Erneuerungsbedarf haben und den Bedarf voranzukommen und daß es nicht ausreicht, sich auf eine Frage zu konzentrieren.

Ich denke, daß mit dem Haushalt, der natürlich in enger Verbindung mit dem gesehen werden muß,

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

was im Verkehrsbereich von der Bundesebene wie von seiten der kommunalen Ebene geschehen muß, die Voraussetzungen geschaffen sind, um die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen in verkehrlichem Bereich voranzubringen.

Ich sage das auch unter Einbeziehung des Bundesstraßenbaus und auch mit dem Hinweis, daß im Verkehrshaushalt des Bundes 1997 eine Kürzung um 6,4 Milliarden DM vorgenommen worden ist. Das sage ich an die Adresse derer, die befürchten, uns vorwerfen oder kritisieren, wir hätten hier etwa investive Maßnahmen in unserem Haushalt zurückgefahren. (D)

Tatsächlich passiert es im Bundeshaushalt. Dennoch werden wir in der Lage sein, in Nordrhein-Westfalen auch die Bundesautobahnen in einem ziemlich hohen Tempo in einen Zustand zu versetzen, der die Mobilität auf diesen Straßen sichert. Das geschieht, wie Sie wissen, insbesondere durch den sechsstreifigen Ausbau. Das geschieht auch dadurch, daß die Schließung von Netzlücken, die zur Zeit schwierigste Knotenpunkte in Verkehrsabläufen darstellen, in Angriff genommen wird und verwirklicht werden muß. Wer über Verkehr spricht und dies ausblendet, der beurteilt eben die Verkehrssituation nicht nach ihren realen Gegebenheiten.

Für den Landesstraßenneubau sehen wir im Haushalt 150 Millionen DM vor. Insgesamt sind es im Bereich des Landesstraßenbaus 266 Millionen DM,

(Minister Clement)

- (A) die wir für den Neubau, für den Um- und Ausbau, für den Radwegebau und für Erhaltungsinvestitionen einsetzen.

Ich will hier keinen Hehl daraus machen - auch das gehört zur Betrachtung der Verkehrssituation, wenn über die Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern gesprochen wird -, daß wir unverändert vor allem Ortsumgehungen bauen müssen. Die Belastung in manchen Klein- und mittleren Städten in Nordrhein-Westfalen ist katastrophal. Dort muß durch den Bau von Umgehungsstraßen für Abhilfe gesorgt werden.

Ich will ebensowenig einen Hehl daraus machen, daß es mir auf die Dauer Sorge macht, daß wir zur Erhaltung des Landesstraßennetzes in Nordrhein-Westfalen eigentlich mehr Investitionen benötigen; denn der Zustand unserer Straßen ist nicht überall so, daß wir beruhigt in die nächsten Jahre sehen könnten. Daß wir hier nicht mehr tun konnten, als was jetzt schon geschieht, hat etwas mit der finanziellen Situation des Landes zu tun, also mit den Möglichkeiten des Landes im Haushalt 1997.

- (B) Ich will deutlich darauf hinweisen, Herr Kollege Eichenseher - da scheint sich ein Mißverständnis festgehakt zu haben, das man offensichtlich nur schwer beseitigen kann -: Es gibt kein Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland, das im öffentlichen Personennahverkehr mehr Mittel einsetzt als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir weiter tun. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in dem Bereich, wie Kollege Hunger schon gesagt hat, 3,3 Milliarden DM vor allem aus Mitteln des Bundes, die uns zustehen, einsetzen. Das ist, glaube ich, nicht zu unterschätzen. In den 3,3 Milliarden DM sind 1,3 Milliarden DM für Investitionen vorgesehen.

Wenn Sie darauf hinweisen, daß es einige Wünsche beim Ausbau im Stadtbahnbereich vor allen Dingen in mittelgroßen Städten gibt, Herr Kollege Eichenseher, dann haben wir Sie und die Beamten des Ministeriums zu Recht darauf hingewiesen, daß wir dazu die entsprechende Planung aus diesen Kommunen benötigen

(Alexandra Landsberg [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Sie brauchen sich nicht zu melden, Frau Kollegin; ich möchte keine Zwischenfragen zulassen -

- (C) und nicht nur die Absicht, sondern auch die Mittel sehr wohl zur Verfügung haben, um diesen Ausbau von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen. Im übrigen sind auch keine komplementierenden Mittel des Landeshaushaltes gestrichen worden, sondern wir komplementieren die Mittel des Bundes genau so, wie es in der Bahnreform vorgesehen worden ist.

Allerdings haben Sie recht: Wer den ÖPNV, den öffentlichen Personennahverkehr, Herr Kollege Appel, in Nordrhein-Westfalen wirklich nach vorne bringen und ihn einen qualitativen Sprung tun lassen will, der wird eine neue Finanzierungsquelle erschließen müssen. Wenn wir den Stand erreichen wollen, den wir brauchen, um dem Metropolcharakter des Rhein-Ruhr-Gebietes gerecht zu werden, werden wir auf diesem Sektor mit den vorhandenen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten aus meiner Sichtweise nicht zurechtkommen. Wir brauchen dazu - da stimme ich völlig zu, und das habe ich deutlich gemacht - eine Verdoppelung des Taktverkehrs und eine erhebliche Verbesserung im ÖPNV-Netz.

- (D) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Clement, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Hier liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Kollegin Landsberg vor.

**Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Ich möchte keine Zwischenfrage zulassen. Die Form der Diskussion und der Debatte ist heute nicht so, daß es Sinn machte, intensiver zu diskutieren. Ich bitte um Verständnis. Ich glaube, wir sollten es konkret in den Ausschüssen tun. Ich habe wenig Neigung zu solchen Schaufensterveranstaltungen.

Ich möchte der Präzision und des umfassenden Bildes halber noch darauf hinweisen, daß wir uns im Bereich des Luftverkehrs selbstverständlich um eine Entwicklung der Flughafeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen mit aller Kraft bemühen müssen. Die Bemerkung von Frau Kollegin Landsberg von vorhin, daß man demnächst von jedem Regionalflughafen in Nordrhein-Westfalen in die Malediven oder sonstwo hinfliegen können sollte, darf ich in den Bereich der Karikatur verweisen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen sehr weit davon entfernt, in einer ausreichenden Zahl von Flughäfen

(Minister Clement)

- (A) die Malediven direkt zu erreichen, um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Zuruf der Alexandra Landsberg [GRÜNE])

- Was sagten Sie, Frau Kollegin?

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Es gibt Leute, die wollen das gerne ändern!)

- Was wollen die ändern?

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Die wollen von jedem Flughafen auf die Malediven!)

- Die Leute gibt es nicht - jedenfalls habe ich noch keinen kennengelernt, der das möchte. Ich kenne allerdings Leute, zu denen ich auch gehöre und die der Meinung sind, daß wir es nicht zulassen sollten, daß der Fernfluggäste aus Nordrhein-Westfalen demnächst millionenfach nach Amsterdam gehen, um dort abzufiegen. Die Leute gibt es. Das ist richtig.

(Beifall bei SPD und CDU)

Sie wollen nicht von Paderborn aus direkt auf die Malediven fliegen, meinen aber, daß es möglich sein muß, von Köln, Düsseldorf und Münster aus die Malediven zu erreichen. Sie meinen, daß das besser ist, als wenn die Menschen aus Nordrhein-Westfalen millionenfach demnächst nach Amsterdam fahren, um von dort abzufiegen. Das halte ich für einen sehr überlegenswerten Gesichtspunkt. Da sind wir offensichtlich ein bißchen auseinander.

(B)

Aber ich bin sehr gerne bereit, auch unter ökologischen Bedingungen darüber zu diskutieren. Wir sorgen ja nicht umsonst mit dem Bund dafür, daß die Flughäfen an den ICE angebunden werden. Wir tun alles das, was ökologisch vernünftig ist, aber wir müssen gleichzeitig - das ist ja die Kunst und die Schwierigkeit der Abwägung - dafür sorgen, daß die Mobilität in unserem Land nicht nur gesichert ist, sondern auch, daß unser Land der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzlage - und die beschreiben wir normalerweise mit Globalisierung - gerecht werden kann. In einer globalisierten Welt ohne Flughäfen zu sein, von denen man aus jeden Punkt der Welt erreichen kann, ist schlicht nicht vorstellbar.

(Beifall bei SPD und CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Ich dachte, ihr seid abwesend! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Das ist das Problem, über das wir sicherlich noch ein wenig länger diskutieren werden, nicht nur im Parlament, sondern auch sonst. Ich glaube, daß das außerordentlich richtig und wichtig ist. Und das sollten wir in aller Ruhe tun.

(C)

Ich will die Gelegenheit der Debatte auch gern nutzen, um darauf hinzuweisen, daß wir selbstverständlich alle Anstrengungen darauf konzentrieren, den Flughafen Düsseldorf in seiner heutigen Bedeutung für das Land zu erhalten und zu entwickeln. Sie wissen, daß dieser Flughafen 70 % des Luftverkehrs aus Nordrhein-Westfalen aufnimmt, wenn auch etliche schon heute mit Mittelstreckenmaschinen nach Amsterdam fliegen, um von dort aus den gewünschten Ort in der Welt zu erreichen. Das kann auf die Dauer nicht vernünftig sein. Das müssen wir auch ändern.

(Beifall des Heinz Hardt [CDU])

Und wir arbeiten daran, daß die Anstrengungen des Landes darauf gerichtet sind, den Flughafen Düsseldorf in einen Zustand zu versetzen, der dem nächsten Jahrhundert wirklich gerecht werden kann.

Sie kennen die Diskussionen, die dazu geführt haben, daß das Land die Investitionsbank Nordrhein-Westfalen gebeten hat, für seinen Anteil von 50 %, den Anteil des Landes, alle Möglichkeiten, auch die der Privatisierung, zu erkunden.

(D)

Das ist der derzeitige Stand, über den ich Sie informieren möchte. In diesem Verfahren sind wir.

Das geschieht unter erheblichem Zeitdruck; denn selbstverständlich müssen der Wiederaufbau und Neuaufbau dieses Flughafens, die ihn für das nächste Jahrhundert präparieren und die den klar prognostizierbaren anwachsenden Passagierzahlen gerecht werden, so schnell wie möglich stattfinden. Wir müssen in sehr überschaubarer Zeit zu klaren Entscheidungen kommen. Ich bin überzeugt, daß Stadt und Land, die beiden Gesellschafter, das in vertrauensvoller und partnerschaftlicher Zusammenarbeit in sehr überschaubarer Zeit tun. In der zweiten Januarhälfte, wenn der Architektenwettbewerb entschieden wird, möchten wir diese Klarheit zumindest in den Grundstrukturen hergestellt haben. Es darf keine Zeitverzögerung geben, sondern alles muß so zeitgerecht wie möglich geschehen.

(Minister Clement)

(A) Daß in der vor uns liegenden Zeit die Gesellschafter - die Städte, Bund und Land - voraussichtlich 2 Milliarden DM in die Schieneninfrastruktur zum Flughafen Köln/Bonn investieren werden und daß eine ebensolche Größenordnung in Düsseldorf - plus Schieneninfrastruktur - investiert wird, macht mich etwas zuversichtlicher, daß wir auf die Dauer die niederländische Herausforderung bestehen. - Ich danke Ihnen sehr für Ihr Interesse.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 08? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1608 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung gegen die Stimmen der CDU in zweiter Lesung angenommen.

(Zurufe von der CDU in Richtung SPD - Heinz Hardt [CDU]: Eine Enthaltung! - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD]: Sie sind doch geistig gar nicht da!)

(B) Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen noch etwas mitzuteilen. Mir liegt eine schriftliche Erklärung zur Abstimmung des Herrn Abgeordneten Jens Petring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung vor. Sie wird in das Protokoll aufgenommen.<sup>1)</sup>

(Unruhe)

Das ist eine schriftliche Erklärung, die nicht hier vorgetragen wird, aber im Protokoll erscheint.<sup>1)</sup>

(Klaus Matthiesen [SPD]: Und was steht da drin?)

Es liegt ferner eine schriftliche Erklärung nach der gleichen Bestimmung der Geschäftsordnung des Herrn Abgeordneten Stefan Bajohr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Auch diese Erklärung wird ins Protokoll aufgenommen.

<sup>1)</sup> Text der Erklärungen s. Anlage

(Heinz Hardt [CDU]: Tolle Sache! Diese Finanzleute und schon Absatzbestrebungen! Enorm! - Klaus Matthiesen [SPD]: Nach welchem Paragraphen der Geschäftsordnung? - Gegenruf des Heinz Hardt [CDU]: § 56 Abs. 2!)

(C)

- § 56 Abs. 2.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Hierzu liegt die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1607 vor.

Wir beginnen mit dem Bereich:

**a) Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hombach hat vorhin darauf hingewiesen, daß Politik in schwierigen Zeiten starke Mütter brauche; eine davon sei die Wirtschaftspolitik. Ich denke, daß die Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik ebenfalls eine dieser starken Mütter ist, die wir brauchen.

(D)

Wenn wir uns aber die bundespolitischen Rahmenbedingungen dafür ansehen, müssen wir feststellen, daß zur Zeit seitens der Bundesregierung systematisch eine Zerstörung des sozialen Friedens auf drei Ebenen unternommen wird:

Erstens. Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war der schlimmste sozialpolitische Einbruch, den sich jemals eine Bundesregierung in diesem Land erlaubt hat.

(Beifall bei der SPD und des Daniel Kreutz [GRÜNE])

Die Geister, die der Bundeskanzler gerufen hat, wird er nun nicht los; da kann er noch so dementieren. Die Tatsache, daß im Jahr 1996 allen Ernstes die Forderung nach Änderung des Streikrechtes erhoben worden ist und erhoben werden kann, sollte ihm und vielen anderen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)